



Ehrungen
Das sind die neuen
PIA-Preisträgerinnen

Seite 6



Politik
Rückblick: Das war das tolle
Behindertenparlament

Seite 10 und 11



Selbsthilfe
Die Selbsthilfegruppe Dystonie
in Berlin-Brandenburg

Seite 13

BERLINER BEHINDERTEN ZEITUNG

Herausgeber: Berliner Behindertenverband e.V. „Für Selbstbestimmung und Würde“

Erscheint in Berlin und ausgewählten Orten in Deutschland

Jahres-Abonnement: 15 Euro

Das meinen wir!



Brände in Einrichtungen

Von Lutz Kaulfuß

Bei einem schrecklichen Brand in einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung in Kamen (Nordrhein-Westfalen) sind in der Nacht vom 23. auf den 24. Januar zwei Menschen ums Leben gekommen. In der Einrichtung wohnen nach Angaben des Betreibers Menschen mit einer geistigen Beeinträchtigung.

In Berlin ist ein Brand in der gleichen Nacht erfreulicherweise glimpflicher verlaufen. Verletzte oder Tote gab es keine. In einer 13-stöckigen Seniorenresidenz hatte es ebenfalls einen Brand gegeben. Kurz davor - am 17. Januar - war in Reutlingen (Baden-Württemberg) ein Brand in einem sozialpsychiatrischen Pflegeheim ausgebrochen. Hier gab es drei Tote zu beklagen. Weitere Bewohner hatten leichte Verletzungen davongetragen. Wir trauern um die Verstorbenen in Kamen und Reutlingen.

Die Häufung der Brandvorfälle macht einen betroffen und ziemlich nachdenklich. Jeder Vorfall wird genau untersucht. Ermittlungen und die Ursachenforschungen laufen. Dies ist wichtig, denn wir müssen sicherstellen, dass aus den Tragödien gelernt wird und eventuell Änderungen bei den Vorsichtsmaßnahmen umgesetzt werden, sofern dies notwendig ist.

Leider sind derartige Ereignisse immer nur eine Schock-Meldung wert. Viel zu selten werden öffentliche Diskussionen dadurch angeschoben. Eugen Brasch, Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz hat bereits eine Forderung. Er will eine gesetzliche Regelung für selbstständige Löschanlagen in Pflegeeinrichtungen. Ich bezweifle, dass er Erfolg haben wird. Gut ist die Idee allerdings.



Meinungsfindung

Wie praxistauglich ist das MUVA-Angebot der BVG?

Von Dominik Peter

Derzeit findet unter dem Begriff MUVA noch eine Art Pilotphase des On-Demand-Services der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) statt. On-Demand-Verkehre bedeuten flexible Mobilität auf Nachfrage. Es soll erstmal am 28. Februar enden.

Mit dem MUVA-Angebot soll laut BVG die gesetzlich vorgegebene Mobilitätsgarantie umgesetzt werden. „Ziel ist es, barrierefreie und komfortable Anbindungen für alle Berliner und Berlinerinnen im ÖPNV zu ermöglichen“, so die Eigenbeschreibung der BVG des MUVA-Angebots. Das MUVA-Angebot gibt es derzeit nur in Teilen der Bezirke

Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick und Friedrichshain-Kreuzberg und bietet eine barrierefreie und komfortable Anbindung zum restlichen ÖPNV an. Über einen Call-Center oder eine App kann ein BVG MUVA bestellt werden. „Er ergänzt den klassischen Linienverkehr des ÖPNV. Bisher wenig erschlossene Stadtgebiete werden besser angebunden und Bedienzeiten ergänzt“, so die BVG auf ihrer Internetseite.

Viele Leser fragen sich sicherlich, warum das Pilotprojekt nur in einem kleinen Teilbereich von Berlin angeboten wird? Dies sei laut Betreiber der Tatsache geschuldet, dass es sich um einen einzigartigen Service handelt, der keine

Vorbilder hat. Daher sollte in einem überschaubaren Bereich, Erfahrungen gesammelt werden.

Du bist gefragt

Wir von der Berliner Behindertenzeitung wollen nunmehr von Euch wissen, wie Eure Erfahrungen mit dem MUVA-Angebot sind? Wir möchten der BVG die Erfahrungen vor allem von behinderten Menschen für zukünftige Planungen mit auf den Weg geben. Schreibt uns positive wie auch negative Erfahrungen. Diese könnt ihr uns per Email senden (redaktion@berliner-behindertenzeitung.de), per Post zuschicken (Berliner Behindertenverband, Jägerstr. 63 D, 10117 Berlin) oder auf unserer Face-

book-Seite veröffentlichen. Je mehr Infos ihr uns gebt, umso besser. Natürlich bleiben auf Wunsch alle Rückmeldungen anonym. Geht es nämlich nach den Planungen der BVG und des Senats, soll der Service bis Ende 2025 im gesamten Tarifbereich A und B zur Verfügung stehen. Da wäre es doch wunderbar, wenn Eure Probleme und Erfahrungen mit in die weiteren Planungen mit einfließen würden. Über Eure Erfahrungen, werden wir natürlich in der Zeitung berichten.

Dr. Hanna Matthies, Beauftragte für Fahrgäste mit Behinderungen und Senioren bei der BVG, hat ebenfalls aufgerufen, den MUVA zu testen und die Erfahrungen zu teilen.

Nachrichten kompakt

Protest

Am 5. Mai findet in Berlin wieder eine Demo statt. Treffpunkt ist das Brandenburger Tor. Dort startet die Demo um 15:00 Uhr Richtung Rotes Rathaus. Die Demo findet am Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Setzt auch Euch für unsere Rechte ein und seid dabei.

Anerkennung

Der Deutsche Bundestag muss endlich auch die im Rahmen der T4-Aktion ermordeten Menschen mit Behinderung offiziell als Verfolgte des Nazi-Regimes anerkennen. Das forderte mit Nachdruck die Bundesvereinigung Lebenshilfe anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar.

Rettungspaket

Im Vergleich zum Vorjahr haben im September 2022 zwölf Prozent mehr Rentnerinnen und Rentner in Deutschland Grundsicherung im Alter beantragt. Zu diesen neuen Zahlen des Statistischen Bundesamtes, die das Redaktionsnetzwerk Deutschland veröffentlicht hat, tritt VdK-Präsidentin Verena Bentele dafür ein, dass die Bundesregierung ein Rettungspaket für arme Rentnerinnen und Rentner schnürt.

anzeige

KOMM FORT
TAXI- UND MIETWAGENBETRIEB SCHÜTZ



Wir befördern Rollstuhlfahrer, Kleingruppen und SIE!



Rufen Sie uns gerne an:
030 / 48 48 000
E-Mail: komm-fort@freenet.de
Arosier Allee 64 – 13407 Berlin

anzeige

Mittendrin – im Mittelpunkt der Mensch

Seit über 60 Jahren engagieren wir uns für Menschen mit Behinderungen. Als Genossenschaft sind wir Trägerin von Einrichtungen und Diensten, die eine umfassende Betreuung und vielseitige Förderung anbieten:

- Besondere Wohnformen und Wohngemeinschaften
- Betreutes Einzelwohnen
- Intensivfördergruppe für Kinder mit hohem Hilfebedarf
- Tagesförderstätten

- Integrations-Kindertagesstätten
- Kinder- und Jugendambulanz/Sozialpädiatrische Zentren
- MZEB Berlin-Süd
- Beratungsstelle für Unterstützte Kommunikation
- Bürgertreff „Gemeinsam im Kiez leben“
- Neue Kollegen (m/w/d) gesucht!

Weitere Auskünfte geben wir Ihnen gern in einem persönlichen Gespräch.

Cooperative Mensch eG
Kurfürstenstraße 75, 10787 Berlin
Telefon (030) 225 00-0
post@co-mensch.de
www.cooperative-mensch.de

gegründet als Spastikerhilfe Berlin eG



Cooperative Mensch
Mittendrin

Spendenkonto:
IBAN DE38 1002 0500 0003 3414 14
BIC BFSWDE33BER

Barrierefreiheit**Paritätischer Bericht sieht massiven Nachholbedarf**

Behindertengerechtes und bezahlbares Wohnen ist für immer weniger Menschen in Deutschland möglich. Dies ist eine zentrale Erkenntnis des Teilhabeberichts des Paritätischen Gesamtverbandes, welcher anlässlich des Internationalen Tags der Menschen mit Behinderung periodisch erscheint. Die Paritätische Forschungsstelle legte dabei dieses Jahr den Schwerpunkt auf die Wohnsituation von Menschen mit Behinderung.

„Menschen mit Behinderung gehören zu den großen Verlierern auf dem Wohnungsmarkt. Sie trifft die angespannte Lage bei Mietwohnungen besonders“, erklärt Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes, mit Blick auf die Ergebnisse des diesjährigen Teilhabeberichts. Rund 20 Prozent der Menschen mit Behinderung geben an, mehr als 50 Prozent ihres Einkommens für Wohnkosten aufwenden zu müssen. Von hohen Wohnkosten sind gerade auch Menschen mit psychischer Beeinträchtigung stark betroffen, sie geben etwa doppelt so häufig wie Men-

anzeige



© Sidney de Almeida | shutterstock.com

schen ohne Behinderung an, durch ihre Wohnkosten stark belastet zu sein.

Erschreckend ist auch die Situation beim behindertengerechten Wohnen. So leben

drei von vier Menschen mit einer anerkannten Behinderung nicht in einer barrierefreien Wohnung. Und nur jede*r Fünfte hat das Glück, sich in einer Wohnsituation ohne

Stufen und Treppen zu befinden. Prof. Dr. Rosenbrock dazu: „Barrierefreiheit ist auf dem deutschen Wohnungsmarkt leider die Ausnahme. Nur ein ganz geringer Anteil al-

ler Wohngebäude sind annäherungsweise barrierefrei. Gerade mit Blick auf die Überalterung der Gesellschaft gibt es hier massiven Nachholbedarf!“

Rosenbrock stellt außerdem konkrete Forderungen an die Bundesregierung: „Die kürzlich vereinbarten Eckpunkte des Bündnisses Barrierefreiheit sind nicht ausreichend. Hier finden sich lediglich Absichtserklärungen ohne konkrete Umsetzungspläne. Mindestens jede dritte Wohnung, die jetzt neu gebaut wird, muss barrierefrei sein. Davon sind wir bisher weit entfernt. Ebenso von ausreichend bezahlbarem Wohnraum – sowohl für Menschen mit als auch ohne Behinderung.“

Der Paritätische Teilhabebericht berechnet alljährlich aktuelle Zahlen zu Menschen mit Behinderung auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW).

Den Bericht finden Sie hier
www.der-paritaetische.de/teilhabebericht

**DAS WESENTLICHE:**

**Mehr ÖPNV,
barrierefreie
Haltestellen und
Bahnhöfe, inklusive
Beförderungs-
angebote –
so wollen wir
Mobilität für alle
sicherstellen.**

Am 12. Februar mit allen Stimmen

BERLINER LINKE.

Barrierefreies Wohnen für alle!**Positionspapier des Inklusionsbeirats**

Der Inklusionsbeirat fordert die Mitglieder des „Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum“ auf, Barrierefreiheit als Standard im geförderten Wohnungsbau zu verankern. Ebenso fordert der Beirat, dass auch im freifinanzierten Wohnungsbau die rechtlichen Vorgaben für barrierefreies Bauen ambitionierter ausgestaltet werden. Auch Maßnahmen für Umbau und Bestandschutz sollen stärker in den Blick genommen werden.

Hintergrund ist das „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“. Es wurde ins Leben gerufen von Bundesbauministerin Klara Geywitz und setzt sich aus verschiedenen Mitgliedern zusammensetzen. Neben Vertreterinnen und Vertretern der Länder sind unter anderem die kommunalen Spitzenverbände, Verbände der Wohnungs- und Bauwirtschaft und Organisationen der Zivilgesellschaft vertreten. Im Oktober hatte es erste Ergebnisse präsentiert:

So soll unter anderem das KfW-Förderprogramm „Altersgerecht Umbauen“ bedarfsgerecht ausgestattet werden und mit entsprechenden Länderprogrammen abgestimmt werden. Außerdem soll es einen verstärkten Fokus auf Investitionen in den bedarfsgerechten barrierefreien



© Watchara Rijjan | shutterstock.com

Wohnraum im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung geben. Auch öffentliche Gebäude des Bundes sollen verstärkt barrierefrei gemacht werden. Im Weiteren sollen unter anderem die Landesbauordnungen und die Musterbauordnung im Hinblick auf Vorgaben zur Barrierefreiheit bis 2024 geprüft werden.

Über die Staatliche Koordinierungsstelle und den Inklusionsbeirat

Die staatliche Koordinierungsstelle nach Art. 33 UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) bindet Menschen

mit Behinderungen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft in die Umsetzung der UN-BRK in Deutschland ein. Die Koordinierungsstelle ist somit die Schnittstelle zwischen der Zivilgesellschaft und der staatlichen Ebene.

Sie ist mit Vertreter*innen von bundesweit agierenden Verbänden von Menschen mit Behinderungen besetzt. Zentrales Gremium ist der Inklusionsbeirat. Die Geschäftsstelle der Staatlichen Koordinierungsstelle ist angesiedelt beim Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen.



Das Bündnis veröffentlicht ein gemeinsames Positionspapier zur Finanzierung einer sozial-ökologischen Krisenpolitik.

Anlässlich des einjährigen Bestehens der Ampel zieht ein Bündnis aus 18 Umwelt-, Sozialverbänden, Kirchen und Gewerkschaften Bilanz und fordert die Bundesregierung auf, nicht nur die Symptome der Krise zu bekämpfen, sondern mit Investitionen in Klimaschutz und soziale Sicherheit unsere Gesellschaft langfristig krisenfest zu machen. Zudem mahnt das Bündnis eine gerechte Lastenverteilung an und fordert zur Finanzierung von Zukunftsaufgaben eine Besteuerung großer Vermögen.

Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer Paritätischer Gesamtverband: „Statt sozial unausgewogener und kli-

mapolitisch kontraproduktiver Einmalpakete braucht es neben gezielten Entlastungen vor allem dauerhaft mehr soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz - und beides ist nicht zu haben ohne eine nachhaltige Finanzierung, die das Geld dort holt, wo es im Überfluss vorhanden ist. Der Aufbau einer klimaneutralen und sozial resilienten Gesellschaft erfordert eine grundlegende Veränderung in der Finanz- und Haushaltspolitik, die klimaschädliche Subventionen konsequent abbaut, große Vermögen besteuert und die Erbschaftssteuer reformiert. In Zeiten rasant steigender Preise dürfen aber auch krisenbedingte Übergewinne nicht ungenutzt bleiben, um Entlastungen zu finanzieren.“

Dr. Christiane Averbek, Vorsitzende der Klima-Allianz Deutschland: „Die Zeitenwende für den Klimaschutz ist der

Ampel noch nicht gelungen. Den anfänglichen Schwung in der Klimapolitik hat die FDP mit ihrer Blockade des Sofortprogramms ausgebremst. Die Ampel-Regierung muss nun ihre Versprechen beim Klimaschutz einlösen und damit beginnen, nicht nur die Symptome der aktuellen Krise zu bekämpfen, sondern die Probleme an ihren fossilen Wurzeln zu packen. Deswegen fordern wir ein Investitions- und Maßnahmenpaket von mindestens 100 Mrd. Euro, um die fossile Abhängigkeit jetzt konsequent zu reduzieren, Klimaschutzmaßnahmen in allen Sektoren umzusetzen und die soziale Sicherheit zu stärken.“

Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer Germanwatch: „Mit den Entlastungspaketen sowie der Gas- und Strompreiskontrolle bekämpft die Bundesregierung nur Sym-

ptome der Krise, stellt aber noch keine Mittel zur strukturellen Überwindung der fossilen Abhängigkeit bereit. In den kommenden Monaten muss die Regierung Scholz dringend die Weichen für eine gerechte Transformation zur Klimaneutralität stellen. Dafür sind zwingend mehr öffentliche Investitionen in den Ausbau der Schiene, die energetische Gebäudesanierung und die Förderung von Wärmepumpen erforderlich. Zudem benötigen wir verbindliche Vorgaben für mehr Energieeffizienz. Einen großen Beitrag zur Gegenfinanzierung kann die Abschaffung von Subventionen leisten, die gegen die Klimaziele wirken – wie das Dienstwagen- und Kerosinprivileg. Nur eine mutige Politik für die beschleunigte Abkehr von fossilen Brennstoffen kann langfristig die Energiepreise senken, Wohlstand und sozi-

alen Zusammenhalt sichern sowie die Energiesicherheit stärken.“

Maria Loheide, Vorsitzende Sozialpolitik der Diakonie Deutschland: „Ein Schwachpunkt ist, dass die Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung größtenteils nach dem Prinzip Gießkanne erfolgten, anstatt gezielt diejenigen in der Krise zu unterstützen, die am stärksten unter den gestiegenen Energiepreisen leiden und in ihrer Existenz bedroht sind. Damit Menschen, die bereits jetzt in Armut leben, gut über den Winter kommen, sind weitere zielgenaue Zuschüsse neben dem Verzicht auf Strom- und Gassperren dringend erforderlich. Gleichzeitig müssen unsere sozialen Sicherungssysteme krisensicher und sozial gerechter werden. Dazu braucht es eine deutliche Erhöhung der Sozialleistungen und die Möglich-

keit, die Menschen über einen Direktzahlungskanal effizient und bedarfsgerecht zu entlasten.“

Folgende Organisationen und Verbände haben das Papier unterzeichnet:

Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland, Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft, Bund der Energieverbraucher, Der Paritätische Gesamtverband, Deutscher Naturschutzring, Diakonie Deutschland, Erzdiozese Freiburg, Evangelische Kirche von Westfalen, Germanwatch, Greenpeace, Institut für Kirche und Gesellschaft der evangelischen Kirche in Westfalen, Katholische Landjugendbewegung Deutschlands, Sozialverband Deutschland, Sozialverband VdK Deutschland, Together For Future, verdi - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, WWF Deutschland.

anzeige

Berufliche Karriere für Persönlichkeiten mit Behinderung

34 BERUFSBILDER FÜR IHR WEITERKOMMEN



Alle Infos kostenlos unter:
0800 541 333 4

BWB
www.bwb-gmbh.de

Eine Frage der Einstellung

Kabinett beschließt Förderung eines inklusiven Arbeitsmarkts

Positiv ist die Einführung einer vierten Stufe der Ausgleichsabgabe. Weitere Regelungen für einen inklusiven Arbeitsmarkt müssen folgen.

Der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Jürgen Dusel, begrüßt den heute durch das Kabinett verabschiedeten Gesetzesentwurf zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes. Dieser beinhaltet im Kern die Einführung der 4. Stufe der Ausgleichsabgabe für beschäftigungspflichtige

Arbeitgeber, die keinen einzigen schwerbehinderten Menschen beschäftigen. Für Arbeitgeber mit mindestens 60 Arbeitsplätzen gilt zukünftig, dass sie pro nicht besetztem Pflichtarbeitsplatz 720 Euro monatlich zahlen müssen, wenn sie ihrer Beschäftigungspflicht zu 0% nachkommen. Für kleinere Unternehmen gibt es Sonderregelungen.

„Dieser Schritt ist lange überfällig“, so Jürgen Dusel. „Es ist schlichtweg nicht akzeptabel, dass ein Viertel aller beschäftigungspflichtigen

Arbeitgeber keinen einzigen Menschen mit Schwerbehinderung beschäftigt. Und das, obwohl Menschen mit schweren Behinderungen durchaus gut qualifiziert sind. Deswegen bin ich froh, dass es Hubertus Heil nun gelungen ist, diese Forderung innerhalb der Ampelkoalition durchzusetzen. Das Motto muss sein: Null Verständnis für Null-Beschäftigter.“ Allerdings sei in dem Gesetzesentwurf auch noch deutlich Luft nach oben. Dusel führt aus: „Unter einem Gesetz für einen inklusiven Arbeitsmarkt

hätte ich mir auch noch mehr vorstellen können. So halte ich es für ein verfehltes Signal, die Bußgeldvorschrift im § 238 Abs. 1 Nr. 1 SGB IX aufzuheben. Auf Grundlage dieser Regelung kann bislang ein Bußgeld verhängt werden, wenn ein Arbeitgeber seiner Beschäftigungspflicht nicht nachkommt. Welchen Sinn hat jedoch eine gesetzliche Verpflichtung ohne Sanktionsmöglichkeiten?“, so der Beauftragte.

Dusel weiter: „Außerdem enthält der Entwurf leider kei-

ne nennenswerten Verbesserungen in Bezug auf die Zugänge in und die Übergänge aus den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Ein richtiger Schritt ist zwar die Aufhebung der Deckelung beim Lohnkostenzuschuss für das Budget für Arbeit. Aber eine Stärkung des Budgets für Ausbildung fehlt noch. Das Thema müssen wir jedoch auch dringend angehen. Wir müssen denjenigen, die außerhalb der Werkstatt arbeiten wollen, alle Wege ebnen, dies auch tun zu können - so, wie

es auch im Koalitionsvertrag vereinbart ist.“

Ebenfalls nicht umgesetzt sei die Koalitionsvereinbarung zur Stärkung des Betrieblichen Eingliederungsmanagements, um mehr Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen im Unternehmen zu halten, so Jürgen Dusel. Außerdem müssten aus Sicht des Beauftragten stärkere Anstrengungen beim Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen unternommen werden. ▶

Arbeitsmarkt

Mehr Mut nötig

Nicht zuletzt die scharfe Kritik am System der Werkstätten für behinderte Menschen in der ZDF-Satire-Sendung „Die Anstalt“ hat nach Ansicht der LIGA Selbstvertretung deutlich gemacht, dass mehr Mut für klare Regelungen zur Inklusion behinderter Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt nötig ist.

Der nun von der Bundesregierung verabschiedete

anzeige

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes enthalte zwar einige gute Ansätze, er ändere aber an den aussondernden Strukturen und Benachteiligungen behinderter Menschen auf dem Arbeitsmarkt kaum etwas, kritisiert der Sprecher der LIGA Selbstvertretung Ottmar Miles-Paul.

„So wichtig und richtig es ist, dass endlich eine vierte Staffel der Ausgleichsabgabe mit höheren Sätzen für die

Betriebe eingeführt wird, die keinen einzigen behinderten Menschen beschäftigen, obwohl sie gesetzlich dazu verpflichtet sind. So verwunderlich ist es, dass dabei wieder eine Reihe von Sonderregelungen geschaffen und Verstöße gegen die Beschäftigungspflicht nicht mehr mit einem Bußgeld geahndet werden sollen. So wichtig es ist, dass die Deckelung des Lohnkostenzuschusses für die Förderung im Rahmen eines Budgets für

Arbeit aufgehoben wird und damit höhere Zuzahlungen an Arbeitgeber*innen ermöglicht werden.

So verwunderlich ist es, dass nach wie vor keine Beiträge für die Arbeitslosenversicherung für die Nutzer*innen des Budgets für Arbeit gezahlt werden sollen. So bleibt denjenigen, die mit dem Budget für Arbeit aus einer Werkstatt eine Anstellung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt finden, im Falle einer Beendigung dieser

Beschäftigung oftmals kein anderer Weg als zurück in die aussondernden Werkstätten, weil für sie keine Beiträge für die Arbeitslosenversicherung bezahlt wurden“, erklärte Ottmar Miles-Paul.

Diese Beispiele machen nach Ansicht der LIGA Selbstvertretung das Hin und Her in Sachen inklusiver Arbeitsmarkt deutlich. Vor allem zeigten diese aber, wie weit Deutschland immer noch von einem inklusiven Arbeits-

markt entfernt ist. Daher hofft der Zusammenschluss der Selbstvertretungsorganisationen behinderter Menschen nun auf die Bundestagsabgeordneten, dass diese bei der Verabschiedung des am 21. Dezember 2022 vom Bundeskabinett beschlossenen Gesetzesentwurfs mehr Mut zeigen und ernsthafte Reformen für wirklich inklusive Arbeitsmöglichkeiten für behinderte Menschen verabschieden. ▶



STELLEN AUSSCHREIBUNG

Rad und Tat – Offene Initiative lesbischer Frauen e.V.

Projektkoordination
IQZ – Inklusives Queeres Zentrum
30 Stunden / Woche

Ab 01.01. 2023 bauen wir in Kooperation mit dem Berliner Behindertenverband e.V. das Inklusive Queere Zentrum (IQZ) als Fachstelle für LSBTI und BeHinderung, chronische Erkrankung und Krisen-/Psychiatrieerfahrung auf.

Zum nächstmöglichen Zeitpunkt ist die Stelle der Projektkoordination des IQZ zu besetzen.

Wir bieten:

- Einen abwechslungsreichen und vielseitigen Aufgabenbereich
- Ein verantwortungsvolles und kooperatives Miteinander in einem vielseitigen Team
- Eigenverantwortliches Arbeiten
- Die Chance, gemeinsam mit uns zur Inklusion mehrfach diskriminierter LSBTIQ* beizutragen

Vergütung: in Anlehnung an TV-L Berlin E 11, 30 Stunden / Woche.

Beginn: sofort oder zum ehestmöglichen Zeitpunkt.

Nähere Infos zur Stellenausschreibung finden sich unter rut-berlin.de.

Bewerbungen: Richten Sie bitte bis 15.2.2023 ausschließlich per E-Mail an die Leitung:

Frau Katharina Pewny, katharina.pewny@rut-berlin.de



3M ist ein monatliches TV-Projekt des Berliner Behindertenverbands

Thema

Queere Menschen in Berlin

Studiogast

Doris Leymann, Vorstandsvorsitzende des Vereins „RuT - Rad und Tat – Offene Initiative Lesbischer Frauen e.V.“

Moderation

Jasper Dombrowski und Dominik Peter

Weitere Sendungen auf dem BBV-YouTube-Kanal

Ausstrahlung
10. Februar um 19.00 Uhr auf Alex Berlin

Gefördert durch Aktion Mensch.

Bürgergeld

Das ändert sich

Zum Jahreswechsel löst das Bürgergeld das Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld ab - die Leistungen laufen aber ganz normal weiter. Die ab Januar 2023 erhöhten Regelbedarfe werden pünktlich und automatisiert ausgezahlt. Anlässlich der Einführung des Bürgergeldes muss kein neuer Antrag gestellt werden. Endet jedoch der laufende Bewilligungsabschnitt, ist - wie bereits in der Vergangenheit - ein Weiterbewilligungsantrag zu stellen.

Erhöhte Regelsätze

Der Regelsatz erhöht sich für Alleinstehende zum 1. Januar 2023 auf 502 Euro, für Paare je Partner auf 451 Euro. Für Nicht-erwerbstätige Erwachsene unter 25 Jahren im Haushalt der Eltern steigt der Betrag auf 402 Euro, für Jugendliche von 14 bis 17 Jahren auf 420 Euro, für Kinder von 6 bis 13 Jahren auf 348 Euro und für Kinder unter 6 Jahren auf 318 Euro. Die Bescheide der Jobcenter werden im Hinblick auf die rechtlichen Änderungen sowie die Bezeichnung Bürgergeld angepasst - behalten aber im Wesentlichen zunächst ihre bekannte Gestalt.



Ein grafischer Kommentar zum Bürgergeld. Es soll zeigen, dass die Erhöhung des Regelsatzes auf 502 € wegen der Inflation nichts bringt.

Neue Vermögensfreibeträge und Karenzzeiten

Alle Anträge, deren Bewilligungszeiträume bis einschließlich 31.12.2022 beginnen, unterfallen dem aktuell geltenden Recht mit dem pandemiebedingt vereinfachten Zugang zur Grundsicherung. Vermögen gilt in diesen Fällen ab einer Höhe von 60.000 Euro

für die erste Person in der Bedarfsgemeinschaft und 30.000 Euro für jede weitere Person als erheblich. Ab einem Bewilligungsbeginn in 2023 kommen die neuen Regelungen bzw. Beträge zum Tragen: Während der Karenzzeit bleiben 40.000 Euro für die erste Person der Bedarfsgemeinschaft unberücksichtigt. Für jede weitere Person bleiben jeweils 15.000

Euro unangetastet. Nach Ablauf der Karenzzeit beträgt das Schonvermögen 15.000 Euro für jede in der Bedarfsgemeinschaft lebende Person. Unterkunftskosten werden während der Karenzzeit in tatsächlicher Höhe anerkannt. Heizkosten unterfallen nicht der Karenzzeit und werden grundsätzlich nur in angemessener Höhe anerkannt.

Leistungsminderungen bis maximal 30 Prozent Das Sanktionsmoratorium endet zum Jahreswechsel und die Leistungsminderungen - so heißen die Sanktionen in Zukunft - werden neu geregelt: Bei einem Meldeversäumnis wird der Regelbedarf um 10 Prozent für einen Monat gemindert. Bei den Pflichtverletzungen erfolgen die Minderungen ge-

staffelt. Beim ersten Verstoß 10 Prozent für einen Monat, 20 Prozent für zwei Monate beim wiederholten Verstoß sowie 30 Prozent für drei Monate ab dem dritten Verstoß. Ergänzen der Hinweis: Nur ca. 3 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten wurden in der Vergangenheit durchschnittlich mit mindestens einer Sanktion belegt. Anträge und Anliegen an das Jobcenter können unter www.jobcenter.digital auch auf elektronischem Weg erfolgen.

Hintergrund: Jobcenter und Bürgergeld

Im November 2022 bezogen in Deutschland 5.351.000 Menschen in 2.832.000 Bedarfsgemeinschaften Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II). Knapp drei Viertel der Regelleistungsberechtigten waren erwerbsfähig (3.804.000), 1.625.000 von diesen arbeitslos. 1.548.000 zählten als nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte. Nicht-erwerbsfähige Leistungsberechtigte sind vor allem Kinder unter 15 Jahren. Das Bürgergeld wird von den Jobcentern ausgezahlt. Die Jobcenter unterstützen auch bei der Suche nach Arbeits- oder Ausbildungsplätzen und fördert mit Qualifizierung und Weiterbildung den (Wieder) Einstieg in Beschäftigung

Arbeitgeber_innen-Modell

Entlohnung von Persönlicher Assistenz

Behinderte Arbeitgeber*innen waren in Berlin erfolgreich: TV-L-Entgeltgruppe 5 gilt jetzt auch für Assistent*innen, die direkt bei Menschen mit Assistenzbedarf im so genannten Arbeitgeber*innen-Modell angestellt sind.

Gemäß einer Fachlichen Weisung der Berliner Sozialsenatorin Katja Kipping vom 23.11.2022 können behinderte Arbeitgeber*innen die bei ihnen angestellten persönlichen Assistent*innen nach Entgeltgruppe 5 des Tarifvertrags der Länder (TV-L) entlohnen. Dies gilt rückwirkend ab dem 01.01.2022. Voraussetzung hierfür ist die Mitgliedschaft des*der behinderten Arbeitgeber*in bei der neu gegründeten Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber*innen mit persönlicher Assistenz (AAPA), die als Arbeitgeber*innen-Verband fungiert.

Grundlage hierfür ist eine Tarifeinigung zwischen AAPA und der Gewerkschaft ver.di, die in Form einer Niederschriftserklärung vorliegt. Ein Tarifvertrag ist noch zu erarbeiten. Auf Grundlage



dieser Fachlichen Weisung können die behinderten Arbeitgeber*innen ihren Assistent*innen den gleichen Stundenlohn wie die beiden großen Berliner Assistenzdies-

te (ambulante dienste e.V. und Neue Lebenswege gGmbH) zahlen. In den jeweiligen Haustarifverträgen, welche die beiden Assistenzdienste zum

01.07.2019 mit ver.di abgeschlossen haben, konnte erreicht werden, dass die Tätigkeit in der persönlichen Assistenz in der TV-L-Entgeltgruppe 5 eingeordnet wird. Seit

diesem Zeitpunkt hatten die behinderten Arbeitgeber*innen massive Schwierigkeiten, ihre Assistent*innen zu halten bzw. neue Assistent*innen zu finden, weil sie diese weiterhin

nur nach TV-L-Entgeltgruppe 3 entlohnen konnten. Und das, obwohl Assistent*innen im Arbeitgeber*innen-Modell im Vergleich mit ihren Kolleg*innen, die bei Assistenzdiensten angestellt sind, zuverlässiger sein müssen, eine größere Verantwortung tragen und ein höheres Risiko haben, entlassen zu werden.

Der jetzt erreichte Erfolg ist das Ergebnis eines zähen Prozesses, bei dem die politisch Verantwortlichen immer wieder versuchten, die Beendigung der Ungleichbehandlung der behinderten Arbeitgeber*innen hinauszuzögern. Trotz der entsprechenden Zusicherung im Berliner Koalitionsvertrag von Dezember 2021 waren zahlreiche Gespräche und zwei Protestaktionen notwendig. Leider konnte keine vollständige Gleichbehandlung zwischen den bei Assistenzdiensten Angestellten und den bei behinderten Arbeitgeber*innen Angestellten erreicht werden. Erstere erhalten eine höhere Jahressonderzahlung und einen Zuschuss zu ihrem ver.di-Mitgliedsbeitrag.

Kämpfen und anderen Frauen Kraft geben

PIA-Bärinnen an engagierte Frauen mit Behinderungen vergeben

Von Dominique Hensel

„Sind das nicht vier Power-Frauen?“, fragte Stefan Dominik Peter ganz am Ende der Verleihung des PIA-Preises 2022. Es war der Moment, als sich die Preisträgerinnen zu einem Gruppenfoto versammelten.

Die Frage des Vorstandsvorsitzenden des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin war rein rhetorisch, denn in den vorangegangenen zwei Stunden hatten die 40 Teilnehmenden der Preisverleihung im Bürgerzentrum Neukölln die beeindruckenden Lebensgeschichten dieser Frauen gehört. Jede von ihnen ist eine Power-Frau. Seit Jahren kämpfen sie dafür, dass Berlin behindertenfreundlicher und damit menschenfreundlicher wird. Die Preisträgerinnen sind Beate Ender, Katharina Holl, Jennifer Maslowski und Svenja Steinke.

Beate Ender engagiert sich unter anderem im Fahrgastbeirat auf Landesebene für die Rechte von Behinderten in Mobilitätsfragen. Die Laudatorin beschrieb die Preisträgerin als eine eher zurückhaltende Person, die dennoch kämpferisch ihr Ziele für ein selbstbestimmtes Leben für alle verfolgt, manchmal auch recht lautstark. Katharina Holl vom Netzwerk behinderter Frauen Berlin e.V. erhielt den PIA-Bären für ihr Engagement, das sich unter anderem im Landesbehindertenbeirat zeigt. Als klare, geradlinige Person mit sehr viel Herzenswärme wurde die Geehrte in der Lobrede beschrieben.

Fast 5000 Abonnenten kennen Jennifer Maslowskis Videos aus dem Internet. Zusammen mit ihrem Partner



Vordere Reihe (v.l.n.r.): Die Preisträgerinnen Katharina Holl, Svenja Steinke, Jennifer Maslowski und Beate Ender, Daneben Dominik Peter (Vorstandsvorsitzender der Parität). Hintere Reihe (v.l.n.r.): Barbara John (u.a. Initiatorin des PIA-Preises), Christian Peth (Referent der Parität) und Martin Hoyer (Stellv. Geschäftsführer Parität).

Salomo Swoboda hat sie den A Fair Future e.V. gegründet. Sie teilt ihre wertvollen Tipps zur erfolgreichen Beantragung von Hilfsmitteln digital und hilft so anderen behinderten

Menschen, auf Augenhöhe mit der Krankenkasse zu kommunizieren. „Dass eine Frau mit Muskelschwäche anderen Menschen Kraft gibt, das klingt erstmal seltsam.

Aber genau das macht Jennifer so besonders“, sagte Salomo Swoboda in der Laudatio. Aufgeben ist keine Option für die Geehrte, genauso wenig wie für Svenja Steinke, die

ebenfalls eine PIA-Bärin erhielt. Svenja Steinke kämpft wie die anderen Preisträgerinnen für sich selbst und für andere gleichermaßen. So klagt sie beim Jugendamt Pankow auf ihr

Recht, Pflegemutter zu werden. Darüber hinaus setzt sie sich bei der Freiwilligenagentur Pankow für Beratungen auf Augenhöhe ein.

Die vier mit den PIA-Bärinnen geehrten Frauen sind so verschieden wie ihre Beiträge für ein besseres Zusammenleben aller Menschen und für die Rechte von Behinderten. Gemeinsam haben sie, dass sie selbst für jede Selbstverständlichkeit kämpfen mussten – sei es Bildung, Menschenwürde, Selbstbestimmung, Unterstützung durch den Staat oder ein diskriminierungsfreies und erfülltes Arbeitsleben. Mit ihrem Vorbild leben sie das, was Preisträgerin Svenja Steinke während der Veranstaltung sagte: „Haltet durch bei den Dingen, die ihr erreichen wollt – es lohnt sich!“

Professor Barbara John hatte bei dem Festakt auf die Bedeutung des PIA-Preis hingewiesen, der die Leistungen von Frauen mit Behinderungen würdigt. Die Ehrenvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin sagte: „Frauen mit ihren Fähigkeiten müssen öffentlich wahrgenommen werden. Das Berliner Beispiel sollte Schule machen. Berlin ist bisher das einzige Bundesland, das einen solchen Preis hat“. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin hat den PIA-Preis in diesem Jahr zum dritten Mal verliehen. PIA steht für Paritätischer Preis für Frauen mit Behinderungen in Aktion.

Der PIA-Preis 2022 wurden einen Tag vor dem Internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen am 3. Dezember vergeben. Jeder der Preise ist mit 4000 Euro dotiert, die für Berliner Projekte im Bereich der Behindertenförderung zur Verfügung stehen.



Beate Ender (links) lauscht der Laudatio.



Die Preisträgerinnen Katharina Holl bei ihrer Danksagung.



Sie suchen nach Informationen und Kontaktadressen über Rollstühle, barrierefreien Urlaub, Hilfsmittel, KFZ-Umbau, Lifter und vielem mehr?

STÖBERN SIE IN UNSEREM BBZ-BRANCHENBUCH IN VIELFÄLTIGEN RUBRIKEN:
www.bbz-branchenbuch.de – das Branchenbuch der Berliner Behindertenzeitung

HP VELOTECHNIK GmbH & Co KG
65830 Kriftel

Spezial-Fahrräder und -Liegeräder

HP VELOTECHNIK ist einer der führenden Hersteller weltweit im Bereich Liegeräder. Auf der Fachmesse Eurobike konnte HP Velotechnik seit 2006 insgesamt acht mal den Euro Award erringen. Das Unternehmen beschäftigt knapp 50 Mitarbeiter und produziert jährlich rund 2.000 Premium Räder. Im Portfolio sind unter anderem Liegeräder als Zweirad mit manuellem oder Elektroantrieb, das gleiche gilt für Liegeräder als Dreirad, konzipiert für die unterschiedlichsten Bedürfnisse.

Mehr Infos in unserem Branchenbuch unter:
www.bbz-branchenbuch.de/hp-velotechnik-gmbh-co-kg-2/

Berndt Mobilitätsprodukte GmbH
13127 Berlin
Treppenlifte

B. Mobil: Der Partner für Barrierefreiheit Barrierefrei Wohnen & Leben - Das ist das Motto der Firma B.Mobil. Als herstellerunabhängiges Unternehmen befasst sich seit mehr als 17 Jahren das Unternehmen mit den unterschiedlichsten Liftsysteme, wie zum Beispiel Treppenlifte mit Sitz oder für Rollstühle, Plattformlifte, Deckenlifte und viele mehr. Individuelle Lösungen, eine sorgfältige Beratung, Planung und Montage und Finanzierungslösungen sind selbstverständlich.

Mehr Infos in unserem Branchenbuch unter:
www.bbz-branchenbuch.de/berndt-mobilitaetsprodukte-gmbh

euvea Freizeit- und Tagungshotel
Neuerburg
54673 Neuenburg

Rollstuhlge rechter Urlaub Rheinland-Pfalz

Das euvea Freizeit- und Tagungshotel liegt in der Eifel inmitten des deutsch-luxemburgischen Naturparks. Das Hotel wurde explizit für Menschen mit Behinderung konzipiert und gebaut. Es bietet seinen Gästen Sicherheit, Bewegungsfreiheit und Unabhängigkeit. Komfortable Hotelzimmer, Wellnessbereich mit Lifter, modernes Pflegebad, ein Café und Restaurant mit Wintergarten, eine Grillhütte, kostenfreies WLAN und mehr garantieren eine gelungene Urlaubsreise.

Mehr Infos in unserem Branchenbuch unter
www.bbz-branchenbuch.de/euvea-freizeit-und-tagungshotel-neuerburg

Begegnungen in der Dauerkrise

Mitgliederversammlung 2022
des Paritätischen Berlin

Von Dominique Hensel

Eine Mitgliederversammlung ist der Ort für den Geschäftsbericht, für die Aussprache mit den Mitgliedern und für die Entlastung des Vorstands. Die Mitgliederversammlung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin am 30. November in Kreuzberg enthielt diese Punkte. Doch für viele Mitgliedsorganisationen stand ein anderer Aspekt dieses Mal ganz weit oben auf der Tagesordnung: die persönliche Begegnung.

Etwa 200 Vertreterinnen und Vertreter der 814 Mitgliedsorganisationen haben sich in den Räumen des Tagungswerks Jerusalemkirche versammelt. Etwa 30 weitere Mitglieder nahmen digital an der hybriden Veranstaltung teil. Damit hatte sich der übergroße Teil der Teilnehmenden für die persönliche Begegnung entschieden. Gemeinsam schauten sie mit der Geschäftsführung, dem Vorstand und dem Beirat zurück auf eine herausfordernde Zeit, in der auch der persönliche Austausch nicht wie gewohnt stattfinden konnte.

„Krisen meistern“

Als eine „Dauerkrise als Normalzustand“ bezeichnete der Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Berlin, Stefan Dominik Peter, die zurückliegende Zeit. Von Corona-Pandemie über den Auswirkungen des Ukrainekrieges bis hin zur Energiekrise hatten und haben die Mitgliedsorganisationen schwierige Situationen zu bestehen. „Aber eines haben wir in Berlin gelernt: Krisen meistern, das können unsere Mitgliedsorganisationen“, sagte der Vorstandsvorsitzende.

Dr. Ulrich Schneider, Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, nutzte die Mitgliederversammlung, um eine stärkere Unterstützung für Soziale durch die Politik einzufordern: „Wir werden über den Winter und das Frühjahr kommen. Aber wir sind so müde, immer wieder zu erklären, dass wir kein Add-on sind, sondern wichtige soziale Infrastruktur“. Die Mitglieder, die die wichtige Arbeit für die Menschen leisten, hätten die „volle Wucht“ der Krisen abbekommen und müssten nun teilweise selbst gerettet werden. Der Paritätische Gesamtverband und



Das Podium der Mitgliederversammlung und Gastredner Rabbiner Yehuda Teichtal.



Dominik Peter, Vorstandsvorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbands.

auch der Landesverband Berlin kämpfen unablässig dafür, dass die Träger der sozialen Infrastruktur nicht vergessen werden, etwa bei der Gas- oder Stromprelsbremse. Den Geschäftsbericht für 2021/22 stellte die Geschäftsführerin, Frau Dr. Gabriele Schlimmer, vor. Dabei skizzierte die Geschäftsführerin ein Jahr mit teilweise guten Verhandlungsergebnissen im Bereich der Entgelte, aber auch ein Jahr, in dem viele Probleme ungelöst geblieben sind oder die Ausgestaltung durch die

Politik noch zu unkonkret war. So brauche es zum Beispiel dringend Fachkräfte, Katastrophenpläne für Berlin sowie das Zusammendenken von Umwelt- und Sozialpolitik. Ganz aktuell müsse die im Roten Rathaus unterzeichnete Charta der Wärme umgesetzt werden. „Die Idee ist gut. Wir machen da mit, denn nichts ist schlimmer als Einsamkeit, Isolation und soziale Kälte“, sagte Dr. Schlimmer. Jetzt müsse aus der Charta der Wärme aber etwas Lebendiges gemacht werden, auch durch eine gute

Verteilung der zugesagte Mittel durch das Land Berlin.

Förderung der Mitgliedsorganisationen

Die wirtschaftliche Lage des Verbandes, so Dr. Schlimmer, ist gut. Das belegte auch der vorgestellte Geschäftsbericht. „Wir können in diesem Jahr aus unseren Einnahmen eine Million Euro für die Förderung unserer Mitgliedsorganisationen zur Verfügung stellen“, sagte die Geschäftsführerin. Neben dem Resümee der zurückliegenden



Vordere Reihe (v.l.n.r.): Martin Hoyer, Dr. Gabrielle Schlimmer und Birgit Angermann. Hintere Reihe rechts: Malte Andersch.

Zeit wurde auch in die Zukunft und über den Tellerrand geschaut. Der Landesverband hatte sich dafür Rabbiner Yehuda Teichtal vom Jüdischen Bildungszentrum Chabad Lubawitsch eingeladen. In seinem lebendigen und Mut machenden Vortrag unterstrich er in vielen kleinen Geschichten die Wichtigkeit, gerade in schwierigen Zeiten zusammen zu stehen, sich um Bedürftige zu kümmern und sich auch aufkommendem Antisemitismus gemeinsam entgegen zu stellen. „Das Unterhalten in der Pause, das ist das Wichtigste – vor allem bei der ersten Vorortssitzung seit 2019“, brachte es Margit Hankewitz vor der Bekanntgabe der Ergebnisse der Beiratswahl auf

den Punkt. Dass dieser Austausch unersetzbar ist, wurde nach zwei rein digitalen Mitgliederversammlungen am 30. November allen Beteiligten nochmals deutlich. Ob während des offiziellen Teils oder bei den vielen Gesprächen im Foyer danach: Die persönliche Begegnung war das Wichtigste an dieser Mitgliederversammlung. Bei der Mitgliederversammlung wurde das Ergebnis der Briefwahl bekanntgegeben. Demnach werden folgende Personen in den nächsten vier Jahren den Beirat verstärken: Ria Schneider, Dr. Martin Kaufmann, Aliye Stracke-Gönül, Bilgin Lutzke.

Anmerkung: Dieser Beitrag ist ein Nachdruck von Der Paritätische Berlin.

VILLA
DONNERSMARCK

Inklusiver Treffpunkt für Freizeit – Bildung – Beratung

Schädestraße 9–13 | 14165 Berlin-Zehlendorf

Tel.: 030 - 847 187 0 | villadonnarsmarck@fst.de

www.villadonnarsmarck.de

Nur
7 Minuten
vom S-
Bahnhof
Zehlendorf

Das ändert sich 2023

Die Bundesregierung setzt viele Ziele des Koalitionsvertrags um

Von Dominik Peter

Damit im Dickicht der Informationen wichtige Neuerungen nicht untergehen, haben wir einige Änderungen zusammengefasst.

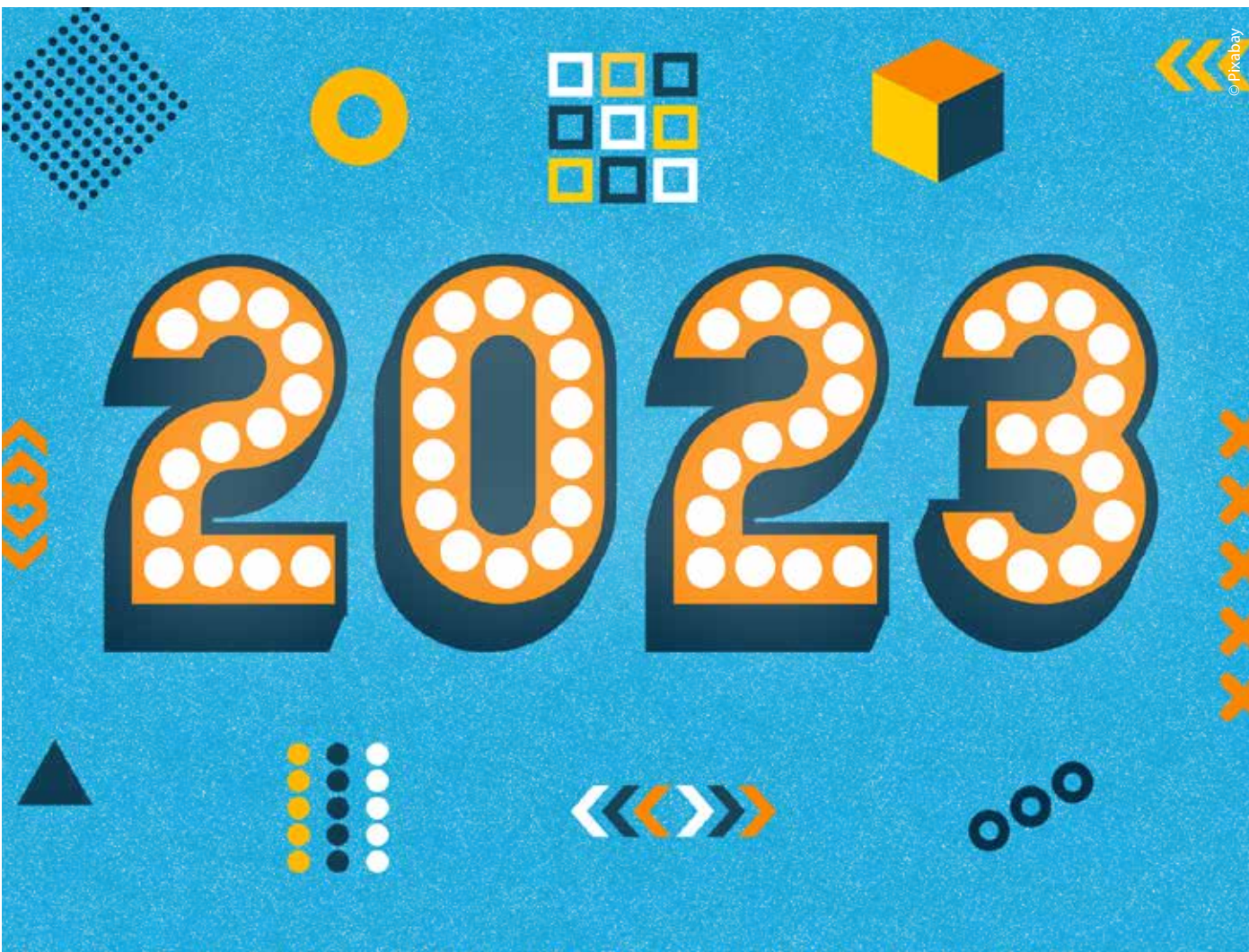
Das neue Bürgergeld

Das Bürgergeld löst seit Januar das Hartz-IV-System ab. Die Bezüge in der Grundversicherung steigen um mehr als 50 Euro, Alleinstehende erhalten künftig 502 Euro. Die Jobcenter sollen sich stärker um Arbeitslose kümmern. So soll die Vermittlung in dauerhafte Arbeit anstatt in einfache Aushilfsjobs besser gelingen.

Kindergeld und Freibetrag steigen

Das Kindergeld ist zum 1. Januar 2023 einheitlich auf 250 Euro pro Kind erhöht worden. Damit bekommen Sie für das erste und zweite Kind 31 Euro pro Monat mehr als bisher. Beim dritten Kind sind es immerhin noch 25 Euro. Der Kinderfreibetrag - inklusive des Freibetrags für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf des Kindes - wurde sogar rückwirkend zum 1. Januar 2022 angehoben.

Der Kinderfreibetrag steigt um 160 Euro auf 8.548 Euro. In den Folgejahren wird er weiter schrittweise erhöht. Zum 1. Januar 2023 stieg der Kinderfreibetrag um weitere 404 Euro auf 8.952 Euro und zum 1. Januar 2024 soll dieser um weitere 360 Euro auf 9.312 Euro ansteigen.

**Neues für Alleinerziehende**

Wenn Sie alleinerziehend sind, werden Sie bei der Lohn- und Einkommensteuer mit einem besonderen Freibetrag entlastet. Bereits 2021 und 2022 wurde dieser Entlastungsbetrag mehr als verdoppelt. Seit 2022 gilt er sogar unbefristet. Da Alleinerziehende ein enormes Pensum zu bewältigen haben, sollen sie noch mehr entlastet werden. Deshalb wurde der Entlastungsbetrag zum 1. Januar 2023 um 252 Euro auf 4.260 Euro angehoben und gilt unbefristet.

Ab ins Home-Office

Seit Jahresanfang können bis zu 210 (statt bisher 120) Homeoffice-Tagen ein pauschaler Werbungskostenabzug bei der Einkommensteuer geltend machen können. Pro Heimarbeitsstag können sechs Euro angesetzt werden, also bis zu 1.260 Euro im Jahr. Natürlich funktioniert dies nur, wenn Ihr Arbeitgeber Ihnen auch anbietet, dass Sie im Homeoffice arbeiten dürfen.

Rentenerhöhungen und Hinzuverdienst

Rentnerinnen und Rentner können voraussichtlich mit mehr Geld rechnen. In Westdeutschland sollen die Renten im Juli um rund 3,5 Prozent steigen und in Ostdeutschland um gut 4,2 Prozent. Die Daten sind vorläufig, Klarheit gibt es im Frühjahr. Die sogenannte Hinzuverdienstgrenze bei vorgezogenen Altersrenten entfällt. Damit können Frührentner beliebig viel hinzuverdienen, ohne dass ihnen die Rente gekürzt wird. Bei Erwerbsminderungsrenten

werden die Grenzen für den Hinzuverdienst angehoben.

Midi-Jobs

Bei sogenannten Midi-Jobs steigt die Verdienstgrenze. Arbeitnehmer dieser Gruppe dürfen künftig 2.000 Euro statt 1.600 Euro verdienen. Bis zu dieser Grenze gilt, dass Beschäftigte geringere Sozialversicherungsbeiträge zahlen müssen.

Löhne in den Pflegeberufen

Der Mindestlohn in der Pflege steigt 2023 in zwei Stufen

- im Mai und im Dezember. Je nach Qualifikation gibt es mehr Geld pro Stunde, für Pflegehilfskräfte 13,90 Euro/14,15 Euro, für qualifizierte Pflegehilfskräfte 14,90 Euro/15,25 Euro und für Pflegefachkräfte 17,65 Euro/18,25 Euro.

Steigende Sozialabgaben

Die Krankenkassenbeiträge - momentan im Schnitt bei 15,9 Prozent - werden um voraussichtlich 0,3 Punkte auf durchschnittlich 16,2 Prozent angehoben.

Mehr Wohngeld

Mehr Haushalte sollen seit Januar mit einem staatlichen Mietzuschuss entlastet werden: Zu den bisher 600.000 Wohngeld-Haushalten sollen bis zu 1,4 Millionen weitere dazukommen. Das Wohngeld soll außerdem um durchschnittlich 190 Euro im Monat aufgestockt werden. Damit erhalten die berechtigten Haushalte im Schnitt rund 370 Euro monatlich. Wohngeld können Haushalte beantragen, die zwar keine Sozialleistungen beziehen, trotzdem aber wenig Geld haben. Wer einen Wohngeldantrag abgibt, sollte Geduld mitbringen, denn die Bearbeitungszeiten dürften sich hinziehen.

Einkommensteuer und Spitzensteuersatz

Der steuerliche Grundfreibetrag - also das Einkommen, bis zu dem keine Steuer gezahlt werden muss - steigt um 561 Euro auf 10.908 Euro. Der Spitzensteuersatz von 42 Prozent ist 2023 erst ab einem zu versteuernden Einkommen von 62.810 Euro fällig (zuvor: 58.597 Euro).

anzeige

WERDEN SIE MITGLIED DES BERLINER BEHINDERTENVERBANDS UND PROFITIEREN SIE VON EINER STARKEN GEMEINSCHAFT

- Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB)
- Beratung zu Themen Freizeit, Reisen & Urlaub
- Beratung zu ÖPNV & Mobilität
- Für Mitglieder eine kostenlose Rechts(erst)beratung
- Zahlreiche Freizeitangebote wie Kaffeeklatsch, Kulturkreis, inklusives Kegeln
- Junge Selbsthilfegruppe „Rad ab!“
- verschiedenste Veranstaltungen wie BBV-Forum, Europäischer Protesttag am 05. Mai
- Zehn Mal im Jahr die Berliner Behindertenzeitung frei Haus



Wir
freuen
uns auf
Sie!

www.bbv-ev.de

FÜLLEN SIE EINFACH DIESEN ANTRAG AUS UND SCHICKEN DIESEN AN UNS ZURÜCK.

Ja, ich möchte Mitglied des Berliner Behindertenverbands werden.

- | | |
|---|--|
| ☐ Mitgliedschaft
4,00 Euro pro Monat
plus einmalig 4,00 Euro
Aufnahmegebühr | ☐ Fördermitgliedschaft
7,50 Euro pro Monat
plus einmalig 7,50 Euro
Aufnahmegebühr |
| ☐ Solidarmitgliedschaft
reduzierter Betrag - auf Anfrage für ALG II-Empfänger,
Kleinrentner und Studenten möglich | |

Name	Anschrift
Telefonnummer	E-Mail
Beginn der Mitgliedschaft	Datum und Unterschrift

Sie erleichtern uns die Arbeit mit einer Genehmigung für eine Abbuchung von ihrem Konto per Lastschrift.

- ☐ Hiermit genehmige ich dem Berliner Behindertenverband die Abbuchung des Mitgliedsbeitrages per Lastschrift.
Ich möchte ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich zahlen.

Datum, Name und Unterschrift

Kontoinhaber und IBAN

Nach Absprache können Sie uns den Betrag auch überweisen.

Berliner Behindertenverband e.V., Jägerstraße 63D, 10117 Berlin, Tel.: 030/204 38 47

150 Interviews

Gehörlosenwelt erleben

Judit Nothdurft veröffentlicht Experteninterviews von und für Hörbehinderte bzw. Gehörlose auf www.deafservice.de.

Anfang Januar dieses Jahres ging das 150. Experteninterview auf dem Portal www.deafservice.de online. Diesmal wurde der international erfolgreiche gehörlose Animationsfilmemacher Christopher Buhr interviewt, dessen Animationsfilm „Greta’s Storm“ seit 2021 bereits auf sechs Kontinenten gezeigt wurde.

2010 startete Judit Nothdurft das Informationsportal für Hörbehinderte und Gehörlose www.deafservice.de und monatlich veröffentlicht sie hier die Experteninterviews, die sich immer mit einem aktuellen Thema beschäftigen. In dreizehn Jahren hat sie hier eine bunte Vielfalt an Informationen aus verschiedenen Bereichen wie Politik, Kultur, Gesundheit, Sport, Reisen usw. gesammelt.

„Es gibt so viele interessante Persönlichkeiten in der gehörlosen Community. Zum Beispiel gehörlose Künstler,

Selt 2010 für Inklusion und Barrierefreiheit

Deafservice

D e a f S e r v i c e

f teilen

tweet

teilen

in mitteilen

i

Home

Experte des Monats

NEU: Interview mit Christopher Buhr

Klicken Sie hier



Der Animationsfilm „Greta’s Storm“ erobert die Welt

Branchensuche

Postleitzahlsuche

Newsletterservice

Experten-Interviews



Zu aktuellen Themen interviewe ich monatlich Experten, die in erster Linie auch hörgeschädigte/gehörlose Klienten beraten oder für sie Dienstleistungen anbieten.

Bei der Textverfassung von Interviews achte ich besonders darauf, dass diese auch für Gehörlose verständlich formuliert werden.

 Christopher Buhr

Der Animationsfilm „Greta’s Storm“ erobert die Welt
Januar 2023

Sportler, Filmemacher, taube Gebärdensprachdolmetscher, die in den Mainstream-Medien kaum zu Wort kommen. Einerseits möchte ich diese

Gehörlosen mit meinen Interviews auch in der „hörenden“ Gesellschaft bekannt machen, andererseits biete ich auch Hörenden eine Plattform, die ihre

Leistungen in Gebärdensprache anbieten.

Unter den Interviewpartnern sind auch bekannte Persönlichkeiten, wie z.B. Dr. Ur-

sula von der Leyen, ehemalige Bundesministerin für Arbeit und Soziales, die damals über den Aktionsplan der Bundesregierung erzählt hat. Es gibt

auch Interviews aus dem Ausland z. B. mit Dr. Agnes Hinrici aus Österreich, die die erste Gehörlosenambulanz im Krankenhaus von Kärnten vorgestellt hatte oder der bekannte (inzwischen verstorbene) gehörlose Hoteldirektor Roberto Wirth aus Rom.

Tipp: Besonders beliebt sind die Interviews bei den Lesern mit Rechtsanwälten, die nicht nur hilfreiche Tipps geben, sondern ihre gehörlosen Klienten auch in Gebärdensprache beraten.

„In diesen Interviews steckt so sehr interessantes Material, auch über die Gehörlosenkultur, dass ich inzwischen mehrmals angefragt wurde, ob ich die Texte als Buch veröffentlichen möchte“, so Nothdurft.



Änderung zum Jahresbeginn

Berlinpass wird zum Berechtigungsnachweis

Der „Berechtigungsnachweis“ ersetzt seit dem 01.01.2023 den bisherigen berlinpass.

Der Berechtigungsnachweis soll die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erleichtern.

Neben der Berechtigung zur Beantragung der VBB-Kundenkarte Berlin S, bietet er vergünstigten Zugang zu

Sport-, Bildungs-, Kultur- und Freizeitangeboten in Berlin an. Personen, die zu folgenden Personenkreis zählen, erhielten im Dezember für die Beantragung der VBB-Kundenkarte Berlin S einen Berechtigungsnachweis vom Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo). Ein Besuch im Kundencenter des LAGeSo ist nicht notwendig:

- Opferrente nach § 17a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)
- Ausgleichsrente für Schwerbeschädigte oder Berufsschadensausgleich nach § 21 StrRehaG, § 4 Häftlingshilfegesetz (HHG) und § 3 Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) in Verbindung mit § 32 oder § 30 des Bundesversorgungsgesetzes (BVG)
- Hilfe zum Lebensunterhalt nach § 27a BVG

Personen, die ihre Leistungen aus einem anderen Bundesland beziehen, können den Berechtigungsnachweis unter Einreichung einer Kopie ihres Bescheides ebenfalls vom Landesamt für Gesundheit und Soziales erhalten.

Mit dem Berechtigungsnachweis ist unter <https://www.vbb-kundenkarte-berlin-ticket-s.de/bvg> die VBB-Kundenkarte Berlin zu beantragen. Dabei ist genau auf den vorgegebenen Ablauf, die Richtigkeit (Berechtigungsnachweis, Foto und Personalausweisdokument) und die Reihenfolge der hochzuladenden Unterlagen zu achten.

Hierfür ist nicht der Leistungsbescheid, sondern tatsächlich nur der neue Berechtigungsnachweis zu verwenden. Derzeit kann die VBB-Kundenkarte Berlin S nur online beantragt werden. Ein schriftliches Antragsverfahren wird bis spätestens

31. März 2023 eingerichtet werden, jedoch steht dieses derzeit noch nicht zur Verfügung. Es richtet sich nur an Menschen, die aus persönlichen Gründen keinen Online-Antrag stellen können.

Bis zum Erhalt des Berechtigungsnachweises bzw. der VBB-Kundenkarte Berlin S gilt bis zum 31. März 2023 bei Fahrausweiskontrollen eine Übergangsregelung:

- Berlinpässe mit Gültigkeit für 2023 werden als Berechtigungsnachweis anerkannt.
- Dafür muss auf dem Ticket die berlinpass-Nummer oder das Aktenzeichen des Leistungsbescheides eingetragen werden.
- Ein gültiger Leistungsbescheid wird zusammen mit dem Personalausweis als Berechtigungsnachweis anerkannt.

Ich habe eine Behinderung ... - Na und?!

Trotzdem kaufe ich, was mir schmeckt!

Mit der Assistenz meiner Wahl. Wann, wo und wie ich es möchte!

Wir beraten Sie auch gerne zum persönlichen Budget



ad: ambulante dienste e.V.

Urbanstraße 100 • 10967 Berlin • Tel. 030/695975-410 • Fax: 030/695975-423

E-Mail: ad@adberlin.com • Internet: www.adberlin.com

Mitglied im  DER PARITÄTISCHE

SELBSTBESTIMMT LEBEN. WIR UNTERSTÜTZEN SIE – ZUVERLÄSSIG.

Ambulanter Dienst der Fürst Donnersmarck-Stiftung

Assistenz | Beratung | Pflege | Behandlungspflege | Hilfe im Haushalt



Wir informieren Sie gern:
Oraniendamm 10-6 | Aufgang A
13469 Berlin
Tel. (030) 40 60 58 0
amb.dienst@fdst.de
www.fdst.de/ambulanter-dienst



Berliner Behindertenparlament

Ein Meilenstein für Inklusion in Berlin

Von Christiane Müller-Zurek

Angekommen im Herzen der Politik: Am 3. Dezember, dem Welttag der Menschen mit Behinderungen, fand das Berliner Behindertenparlament zum ersten Mal im Abgeordnetenhaus statt.

Für Christian Specht ging ein lang gehegter Traum in Erfüllung: „Ich freue mich, dass wir endlich im Abgeordnetenhaus sind.“ Anfangs noch belächelt, hat der Selbstvertreter im Vorstand der Lebenshilfe Berlin hartnäckig für seine Idee gekämpft und zielstrebig Mitsprecher:innen in Politik und Verbänden für seine Idee gewonnen. Jetzt saß er als Präsident des Behindertenparlaments im Plenarsaal des Berliner Abgeordnetenhauses, die Präsidiumskolleg:innen Gerlinde Bendzuck, Vorsitzende der Landesvereinigung Selbsthilfe, und Dominik Peter, Vorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin, souverän an seiner Seite.

„Wir schreiben Geschichte.“

Mit einer bewegenden und richtungsweisenden Rede begrüßte Dennis Buchner, der Präsident des Abgeordnetenhauses, die 100 Teilnehmer:innen. „Wir schreiben hier Geschichte“, sagte Buchner, „dieser Tag ist ein Meilenstein für Inklusion in Berlin und die Geschichte dieses Hauses. Er ist ein Zeichen des Wandels, ein lebendiges Symbol, dass die Menschenwürde unantastbar ist. Jeder Mensch hat individuelle Bedürfnisse. Politisches Handeln muss sich an Menschen mit Behinderungen ausrichten. Zuhören müssen diejenigen, die die Macht ha-

anzeige



Die Präsidiumsmitglieder des Berliner Behindertenparlaments waren Gerlinde Bendzuck (Landesvereinigung Selbsthilfe), Christian Specht (Initiator) und Dominik Peter (Vorstandsvorsitzender Paritätischer Wohlfahrtsverband LV Berlin).

ben, Barrieren abzubauen. Das sind allen voran wir Politiker:innen und Politiker.“

Inklusion geht alle an!

Die Politiker:innen auf der Senatsbank hörten nicht nur zu, sondern standen in der Fragestunde Rede und Antwort. Vertreten waren die Ressorts Arbeit und Soziales mit Senatorin Katja Kipping, Verkehr mit Senatorin Bettina Jarasch, Gesundheit mit Senatorin Ulrike Gote, Bildung mit Staatssekretär Aziz Bozkurt, Bauen und Wohnen mit Staatssekretär Christian Gaebler und Wirtschaft und Energie mit Vera Philipps (Büroleiterin des Senators). Ein klares Zeichen, dass Inklusion auch von der Politik zunehmend als Querschnittsaufgabe verstanden wird. Zum Beispiel soll es zum Thema Mobilitätskonzept einen Runden Tisch mit Vertreter:innen verschiedener Senatsverwaltungen und Menschen mit Behinderung als Expert:innen in eigener Sache geben. Einige Nachrichten klangen hoffnungsvoll, z.B. dass die Tarifentlohnung für Assistenzleistungen in der Pflege gesichert ist und der Partizipationsfonds im ersten Quartal 2023 zur Verfügung stehen soll.

Auch wenn es in Berlin noch zahlreiche Baustellen im Bereich der Barrierefreiheit und Inklusion gibt, verlief die Fragestunde in sachlicher und konstruktiver Atmosphäre. Ein guter Start, um in einen kontinuierlichen und nachhaltigen Dialog mit der Politik zu kommen. Im Mittelpunkt der anschließenden Aktuellen Stunde stand die Teilhabe im Energiesparwinter. Teilweise online zugeschaltet, berichteten Betroffene über erschütternde Auswirkungen. „In

Not- und Katastrophenfällen können Menschen mit Behinderung schnell in lebensgefährliche Situationen geraten – zum Beispiel wenn der Strom für Beatmungsgeräte ausfällt“, mahnte die Landesbehindertenbeauftragte Christine Brauner-Rümenapf.

Nichts über uns ohne uns

Im zweiten Teil des Parlaments kamen die unter breiter Beteiligung in sieben Fokusgruppen erarbeiteten Anträge zur Abstimmung. Die Vielfalt an Themen und Anträgen ist ein Spiegel der großen Bandbreite an Behinderungsformen und der Vielzahl an Problemlagen.

Der erste Antrag fordert die Aufstockung des Partizipationsfonds von 250.000 € in 2023 auf eine Million Euro und die Schaffung einer Teilhabekademie, die ehrenamtliche Selbstvertreter:innen schult, sich im Politikbetrieb engagieren zu können. In einem weiteren Antrag wird der Senat aufgefordert, einen Aktionsplan Medien, Kunst und Kultur zu entwickeln, um den umfassenden barrierefreien Zugang zu Informationen zu sichern und Menschen mit Behinderung in der Öffentlichkeit stärker sichtbar zu machen. Darin steckt die Forderung nach einem Dolmetscher:innen-Pool für Gebärdensprache und Leichte Sprache sowie eine Vertretung der Menschen mit Behinderung im rbb-Rundfunkrat. In weiteren Anträgen ging es z.B. um Inklusion im Arbeitsleben, barrierefreie Taxis und Arztpraxen, mehr barrierefreien Wohnraum, Inklusion in Schulen, den Gewaltschutz für Frauen. Alle 17 Anträge wurden mit überwältigender Mehrheit angenommen.

#pflegedienstwechseln #assistenzgesucht



Auf dem Weg in die Zukunft?

Es braucht Mut,
sein Leben in die eigene Hand zu nehmen.
Wir helfen Menschen mit Behinderungen
eigenständiger mitten im Leben zu leben.



futura-berlin.de



Nur gemeinsam
sind wir stark

Die Stärke des Behindertenparlaments ist, dass Selbsthilfe hier jenseits von Einzelinteressen geschlossen an einem Strang zieht und mit einer Stimme spricht. Es ist ein Gesamtkunstwerk, an dem viele Menschen, darunter 200 Ehrenamtliche, in insgesamt 5.000 Arbeitsstunden mitgewirkt haben. Federführend in der Organisation waren der Berliner Behindertenverband, die Landesvereinigung Selbsthilfe, die Landeszentrale für Politische Bildung, die Lebenshilfe Berlin und der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin, der auch maßgeblich zur Finanzierung beigetragen hat. Die behindertenpolitischen Sprecher:innen im Abgeordnetenhaus begleiteten das Parlament von Anfang an.

Vor allem ist das Behindertenparlament ein Prozess, in dem alle Beteiligten Lernende



sind. Sie bringen ihre Perspektiven ein und tragen dazu bei, Berlin zu einer Stadt für alle zu machen. Jetzt gilt es, das Behindertenparlament dauerhaft als Sprachrohr der Menschen mit Behinderung in Berlin an der Schnittstelle zur Politik zu etablieren und über den Partizipationsfonds finanziell abzusichern. In der letzten Abstimmung sprach sich das Behindertenparlament einstimmig für eine Wiederholung im nächsten Jahr aus!



Dennis Buchner, der Präsident des Abgeordnetenhauses.

anzeige

Die Ergänzende unabhängige
Teilhabeberatung (EUTB)
vom Berliner Behindertenverband e.V.
in Berlin-Mitte

Wir stehen für Menschen mit körperlichen,
geistigen oder seelischen Beeinträchtigung,
Angehörige, anderweitig interessierte
Mitmenschen und Ihre Fragen bereit.

Unsere Beratungsstelle in Mitte ist in der
Jägerstraße 63D, 10117 Berlin.
Sie erreichen die Berater:innen unter
030 204 38 48
und per Mail unter
teilhabeberatung@bbv-ev.de

Weitere Informationen und Öffnungszeiten
finden Sie online



www.bbv-ev.de/ergaenzende-unabhaengige-teilhabeberatung/

Die Ergänzende unabhängige
Teilhabeberatung (EUTB)
vom Berliner Behindertenverband e.V.
in Treptow-Köpenick

Wir stehen für Menschen mit körperlichen,
geistigen oder seelischen Beeinträchtigung,
Angehörige, anderweitig interessierte
Mitmenschen und Ihre Fragen bereit.

Unsere Beratungsstelle in Treptow-Köpenick finden Sie im
Rathaus Friedrichshagen, Bölschestraße 87, 12587 Berlin
2. Etage Raum 2
Sie erreichen die Berater:innen unter
030 204 38 48 vorläufig
und per Mail unter
teilhabeberatung-tk@bbv-ev.de

Weitere Informationen und Öffnungszeiten
finden Sie online



www.bbv-ev.de/ergaenzende-unabhaengige-teilhabeberatung/



Beratungsangebote des Berliner Behindertenverbands



Beratung

Anmeldung:
Eine Anmeldung ist unbedingt erforderlich. Sie können uns am besten per Email erreichen: info@bbv-ev.de.

Beratungsort:
Treffpunkt der persönlichen Beratungen ist grundsätzlich die Geschäftsstelle des Berliner Behindertenverbands e.V. (Jägerstraße 63 D, 10117 Berlin-Mitte, barrierefreier Zugang und Toilette).
Wegen der Corona-Beschränkungen derzeit aber nur im Notfall zugänglich.

Skype-Beratung:
Sie möchten sich mittels eines Skype-Gesprächs gerne beraten lassen? Auch diesen Service bieten wir an. Um einen Skype-Termin zu vereinbaren, rufen Sie uns montags zwischen 13 und 16 Uhr unter folgender Telefonnummer an: 030 / 204 38 47.

1

Rechtsberatung
Der BBV bietet seinen Vereinsmitgliedern eine kostenlose Erstberatung an. Der Termin der nächsten Rechtsberatung kann im BBV-Büro erfragt werden. Wer Interesse an diesem Beratungstermin hat, wird gebeten, sich vorab telefonisch anzumelden (zwingend notwendig). Anmeldungen nehmen wir täglich zwischen 10:00 und 16:00 Uhr unter der Telefonnummer 030/204 38 47 entgegen.
Wegen des großen Zuspruchs der Rechtsberatung, kann sie kostenfrei nur von Mitgliedern des Berliner Behindertenverbands e.V. wahrgenommen werden. Wichtig ist zudem, dass zu dem Beratungstermin alle notwendigen Unterlagen oder vorhandener Schriftverkehr mitgebracht werden.
Der Beratungstermin findet in den BBV-Räumlichkeiten statt.

2

Freizeit, Reise & Urlaub
Dominik Peter berät Behinderte sowohl zu Themen wie „Flugreisen für Mobilitätseingeschränkte“, als auch zu den Themen wie Verhinderungs- und Kurzzeitpflege, Spezialveranstalter, Reisebegleiter, Reiseassistenz, mobile Pflegedienste, Pflegehotels, Hilfsmittelverleih vor Ort (wie Pflegebett, Falt- und E-Rollstuhl, Dusch- und Toilettenrollstuhl, Lifter, Scooter), Zuschüsse durch Kranken- und Pflegekasse.
Termin: Der Beratungstermin findet in den BBV-Räumlichkeiten statt. Adresse: Jägerstraße 63D, 10117 Berlin (barrierefreier Zugang und Toilette). Zwecks eines Beratungstermins schreiben Sie sich bitte mit uns per Email.
Kontakt: info@bbv-ev.de

3

ÖPNV & Mobilität
In Berlin gibt es für Menschen mit Behinderung einen sogenannten Sonderfahrdienst (SFD), der für private Fahrten genutzt werden kann. Zudem wird auch eine Treppenhilfe durch den SFD angeboten. Wir erklären, wer den Fahrdienst nutzen kann, wie die Anmeldung dafür funktioniert, wie hoch der Eigenbeitrag ist und viele weitere Fragen rund um diese Dienstleistung. Zudem beraten wir zu Themen, wie Berliner Mobilitätshilfedienste, Bus & Bahn-Begleitservice, Bahnfahrten, Besuchs- und

4

BBV-Selbsthilfegruppe „Rad abl!“
Schaut man im Internet nach Selbsthilfegruppen für junge körperbehinderte Menschen, findet man nicht wirklich viel. Das möchte die junge gegründete Selbsthilfegruppe des BBVs mit dem Namen „Rad abl!“ ändern. Das Besondere an der Gruppe ist, dass die Teilnehmer:innen selbst entscheiden, was diese Gruppe für Aktivitäten unternimmt. Die Gründer der Gruppe, Linus, Dominik und Jasper sind offen für Ideen und Aktivitäten der Teilnehmer:innen. Es ist auch egal, welche Art von Einschränkungen jemand hat.
Termin: Das nächste Treffen ist am 24. Februar 2023 von 16 bis 18 Uhr geplant. Die Selbsthilfegruppe trifft sich wieder im Berliner Behindertenverband e.V. in der Jägerstraße 63D, 10117 Berlin. Aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie ist

5

Vorstandssprechstunde
Man kommt mit der Krankenkasse nicht klar oder der Schwerbehindertenausweis ist abgelaufen und Sie brauchen Hilfe bzw. Unterstützung? Kein Problem. Der Berliner Behindertenverband e.V. steht Ihnen gerne zur Seite. Dazu haben wir eigens eine Vorstandssprechstunde eingerichtet.
Termin: Der nächste Termin für die Vorstandssprechstunde kann per Mail an info@bbv-ev.de angefragt werden.
Jedes Mitglied des Berliner Behindertenverbands kann nach Voranmeldung, die wegen dem Corona Virus derzeit zwingend erforderlich ist, mit dem Vorstand diskutieren oder sich dort Rat und Unterstützung einholen. Die Sprechstunde findet in den barrierefreien Büroräumen des BBV in der Jägerstraße 63D, 10117 Berlin statt.
Anmeldung ist per Telefon unter 030 / 204 38 47 oder per Mail an info@bbv-ev.de möglich.

6

Kaffeeeklatsch: Lauter nette Leute!
Unter dem Motto „Lauter nette Leute“ bietet der Berliner Behindertenverband einen Kaffeeeklatsch an.
Jeder, der Lust und Zeit hat, ist hierzu herzlich eingeladen. In zwangloser Runde kann man Vereinsmitglieder und Redakteure der Berliner Behindertenzeitung kennenlernen oder sich mit dem Vorstand des Berliner Behindertenverbands austauschen. Im Vordergrund steht jedoch das Kennenlernen anderer Behinderter und anderer BBV-Mitglieder. Offen ist die Runde für jedermann, unabhängig davon, ob man Mitglied beim Berliner Behindertenverband e.V. ist oder nicht.
Termin: Der nächste Kaffeeeklatsch ist für Dienstag, 07. März 2023 geplant.
Der Kaffeeeklatsch findet jeweils am ersten Dienstag im Monat von 15:00 bis 17:00 Uhr in den barrierefreien Räumen des Berliner Behindertenverbands e.V. in der Jägerstraße 63D, 10117 Berlin statt. In den Monaten August und Januar entfällt der Kaffeeeklatsch.
Eine Anmeldung zur Teilnahme, ist wegen dem Corona-Virus derzeit zwingend erforderlich; telefonisch unter 030 / 204 38 47 oder per Mail an info@bbv-ev.de.

Folgt dem BBV auf Social Media:

[BBV.Berlin](#)

[BBV_ev](#)

[berliner-behindertenverband](#)

Wissensvermittlung

Keine Angst vor Sozialverwaltung und Sozialrecht

Von Dominik Stronz

Bundesteilhabegesetz, Pflegestärkungsgesetz und nun ein neues Betreuungsrecht - heutzutage den Durchblick zu behalten, fällt zunehmend schwer.

Hier setzen wir mit unserem neuen Angebot an. Wir möchten Euch in einfacher Umgangssprache aufzeigen, was sich im Wesentlichen geändert hat und welche Rechte wir haben. Aber auch, wo und wie sich die Rechte im Berliner Verwaltungsdschungel durchsetzen lassen und wer uns helfen kann.

Unser neues Angebot richtet sich an jeden Menschen mit einer Behinderung, chronisch Kranke und all jene, die selbst in ihrem Verein, in ihrer Selbsthilfegruppe oder in den diversen Beiräten, Arbeitsgemeinschaften oder Gremien die Interessen von Menschen mit Behinderung vertreten.

Um es spannend zu machen, laden wir uns regel-

Gefördert durch die
Aktion MENSCH

Keine Angst vor Sozialverwaltung und Sozialrecht
Dienstag, den 24.02.2023
13:00 bis 16:00 Uhr
Thema: Selbsthilfegruppen - Hier wird geholfen!
Rückfragen-Telefon „Keine Angst vor...“
Sie haben Fragen zu unseren letzten Veranstaltungen aus unserer Empowerment-Reihe? Dann rufen Sie uns am 24.02. zwischen 11:00 und 13:00 Uhr an.
Referent: Dominik Peter
Anmeldung: Sie können sich telefonisch anmelden: 030 / 204 38 47
Alternativ auch per Email an info@bbv-ev.de.

mäßig spezielle Gäste ein, die uns von sich, ihrer Arbeit und auch von ihren Problemen berichten. Dies können Stadträte/innen, Behindertenbeauftragte, Schwerbehindertenvertreter/innen oder Mitarbeiter der Teilhabeämter sein. Da es in Berlin ein breit gefächertes Angebot an Beratungsstellen gibt, werden wir auch diese vorstellen und Mitarbeiter dieser Beratungsstellen zu Gast haben. Zum Beispiel von der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB), den Krebsberatungsstellen, den Pflegestützpunkten, der Suchtberatungsstellen, den Beratungsstellen an den Hochschulen und natürlich auch von der neu geschaffenen Beratungsstelle für Berufskrankheiten. Da uns Corona immer noch im Griff hat, werden unsere

ersten Veranstaltungen digital per Internet (Jitsi) stattfinden. Wir würden uns freuen, wenn ihr dieses Angebot nutzt.

Sie brauchen Rat? Hilfe? Begleitung?

Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung EUTB®

EUTB®
Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung

Wir, die „Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) beim Berliner Behindertenverband e.V. sind für Sie da!

Für Menschen mit körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigung, Angehörige, anderweitig interessierte Mitmenschen.

Wie?
Email: teilhabeberatung@bbv-ev.de

Tel.: 030 / 2043848 und nach vorheriger Terminabsprache

Vor Ort: Jägerstraße 63 D, 10117 Berlin

oder bei Ihnen zu Hause.

Wann?
Montag-Freitag zwischen 10:00 und 16:00 Uhr. Abweichend davon nach vorheriger Terminabsprache.

Wir informieren, beraten und unterstützen Sie gern zu folgenden Themen (u.v.m.):

- Beantragung und Durchführung von Leistungen (Eingliederungshilfe, Pflege, Rente, Arbeit, finanzielle Sicherung, gesellschaftliche und soziale Teilhabe)
- Suche nach geeigneten Stellen und Ansprechpartnern

Neue Serie „Selbsthilfegruppen und Kontaktstellen in Berlin“

Selbsthilfegruppe Dystonie - gemeinsam mit der Diagnose auseinandersetzen



Diese Artikelserie wird durch die AOK Nordost unterstützt.

Von Jasper Dombrowski

In der neuen BBZ-Serie stellen wir dieses Jahr Angebote und Selbsthilfegruppen in Berlin vor. Wir möchten damit Informationen und Chancen von Selbsthilfegruppen verbreiten, außerdem zu Gruppengründungen animieren sowie Vorurteile abbauen. Diese Serie richtet sich an bereits Aktive und Interessierte der Selbsthilfe.

Zu Anfang stellt Ulrike Halsch die „Selbsthilfegruppe Dystonie Berlin Brandenburg“ vor. Sie erzählt, dass die Zielgruppe der Selbsthilfegruppe Menschen mit der seltenen Bewegungsstörung Dystonie und ihre Angehörigen ist. Frau Halsch engagiert sich selbst, da sie selbst mit einer Dystonie lebt und es mehrere Jahrzehnte dauerte, bis sie die richtige Diagnose erhielt. Frau Halsch hat die Selbsthilfegruppe aus eigenem Antrieb gegründet, um gemeinsam den besten Weg der Therapie oder Diagnostik zu finden, sowie sich mit der Erkrankung auseinanderzusetzen, statt in einen Gedankenkreislauf der Hilflosigkeit zu kommen. Außerdem ist es ein Ziel, die Krankheit gemeinsam bekannter zu machen.

Weiter erzählt sie, dass die „Selbsthilfegruppe Dystonie Berlin Brandenburg“ eine sehr lebendige Gruppe ist und vielerlei Aktivitäten wie Vorträge, Workshops und Bewegungsangebote zur Entspannung anbietet. So hat die Gruppe bereits spannende Waldspaziergänge erlebt und ein jährliches Bewegungswochenende etabliert.

„Ich bin eher introvertiert und habe eine dünne Haut, jedoch bin ich an meinen Aufgaben im Laufe meines Lebens gewachsen. Das habe auch etwas mit der Selbsthilfegruppe zu tun“, meint Frau Halsch. Sie



Teilnehmende der Selbsthilfegruppe beim „Keep Moving Wochenende“.

sieht eine sehr große Chance in der Selbsthilfe, denn die Teilnehmenden haben viele Fragen und tauschen sich gerne über die Phänomene der Bewegungsstörungen aus. Eine Dystonie hat viele Gesichter und die Patienten müssen gezielte Experten in der Gesundheitsbranche aufsuchen, sei es für die ärztliche Behandlung oder für therapeutische Maßnahmen. Die Diagnostik erfordert ein hohes Maß an Geduld und ist zu Beginn meist ein Dschungel, danach muss sie anerkannt und verinnerlicht werden. Die richtige Therapieeinstellung dauert manchmal Jahre bis der Erfolg ersichtlich ist. Da helfen den Betroffenen

zu aller erst Gespräche mit anderen Menschen mit den gleichen Erfahrungen wieder aktiv zu werden.

Frau Halsch berichtet weiter: „Jedoch sind der Selbsthilfe auch Grenzen gesetzt. Die Selbsthilfe ist finanziell auf Förderungen angewiesen und ist rein ehrenamtlich. Die Gruppenleiter, die sich dem Engagement hingeben, sind oft Einzelne. Selbsthilfe beruht auf Mitmenschlichkeit. Die Selbsthilfe lebt von der Perspektive, Menschen zu unterstützen und selbst durch Akzeptanz und Würdigung unterstützt zu werden. Sie ist ein niederschwelliges Angebot zur Unterstützung und

ersetzt keine professionelle Behandlung.“

Die Pandemie hat auch die Selbsthilfe verändert

Die „Selbsthilfegruppe Dystonie Berlin Brandenburg“ wurde im Oktober 2017 gegründet. Die regelmäßige Zahl der Teilnehmenden war vor Corona ca. zwölf bis 15 Personen. „Nach Abflauen der Pandemie erlebe ich manchmal eine große Flaute. Die Teilnehmer sind relativ passiv geworden und die Teilnehmerzahlen sind nunmehr um die sieben bis zehn Personen“, erzählt Frau Halsch von der aktuellen Situation.

Auch ist die Selbsthilfegruppe im ständigen Kontakt mit einer Selbsthilfekontaktstelle. Nach Meinung von Frau Halsch sind Selbsthilfekontaktstellen eine zusätzliche gute Stütze in der Selbsthilfe. Sie bieten verschiedene Hilfestellungen und Fortbildungen, die für Gruppenleiter sehr hilfreich sein können. Zudem können günstige Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, selbst wenn eine größere Veranstaltung geplant ist, findet sich immer etwas Passendes. Neben den vielen Aktivitäten finden hauptsächlich regelmäßige Gespräche jeden ersten Donnerstag im Monat ab 18 Uhr in den Räumlichkeiten

des Nachbarschaftsheim in der Holsteinische Straße 30, 12161 Berlin statt. Eine Anmeldung ist seit der Coronazeit sehr wichtig, denn falls es wenige sind, finden die Treffen online statt.

Die „Selbsthilfegruppe Dystonie Berlin Brandenburg“ freut sich auf neue Teilnehmende. Diese können die Gruppe kontaktieren und sich anmelden:

Mail: info.dystonie@gmail.com oder
Tel.: 017632659488

Mehr Informationen gibt es unter www.dystonieberlin.info oder www.dystonie-und-du.de.



LK 32 – Persönliche Assistenz und Eingliederungshilfe

Wir beraten Sie gerne!

www.phoenix-soziale-dienste.de

Telefon 030 355 304-0

~~Disability~~



FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN!

Pflege

Urlaub trotz Pflege

Von Michael Peter

Mobile Pflegedienste, Tagespflege, Kurzzeitpflege oder Urlaub mit Pflege. Ein Thema, was viele Leser bewegt. Wir geben Hinweise, was und wie es machbar ist.

Der Reisemaulwurf

Der Berliner Verein Reisemaulwurf ist 2016 aus einer Vision entstanden, die sieben Jahre später wichtiger denn je scheint: Menschen mit Hilfe- und Pflegebedarf sowie pflegenden Angehörigen Auszeit und Erholung zugutekommen lassen. Gründer André Scholz bringt dafür jahrzehntelanges Expertenwissen, aber auch persönliche Erfahrung mit. Er ist examinierter Altenpfleger, arbeitete als Fachkraft im Altenpflegebereich, Pflegeberater und Case Manager. Bevor er den Reisemaulwurf ins Leben rief, gründete er die Reisebörse „Urlaub für Alle“, die 2013 zum ersten Mal ihre Pforten öffnete. Touristische Anbieter konnten auf der Messe Angebote zu Urlaub mit Pflegeleistungen, Betreuung, Barrierefreiheit und Hilfsmitteln präsentieren. Die Messe war ihm allerdings bald zu wenig, er wollte mehr bewei-

gen – fortan floss sein Herzblut in den Verein Reisemaulwurf, der kostenfrei Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen zu möglichen Urlaubszielen berät und ermutigt. Doch seine Arbeit geht weit über die Beratungsleistung hinaus. Der Verein baut Brücken zwischen Tourismus, Pflege und Betroffenen, stellt umfangreiche Informationen auf seinem Portal zur Verfügung, klärt auf und sorgt dafür, dass das Thema im öffentlichen Bewusstsein haftet. André Scholz kämpft mit seinem Verein jeden Tag für soziale Teilhabe – gleichzeitig steht die Finanzierung der Beratungsarbeit oft auf wackeligen Beinen: Sein Anspruch ist, die Beratung weiterhin kostenfrei zu halten, um die Belastung für Menschen mit Hilfe- und Pflegebedarf nicht zu erhöhen. Das Ergebnis oder Produkt seiner Arbeit hingegen ist weniger mess- oder sichtbar, wenngleich unbezahlbar: Das Gefühl, dank eines Strandrollstuhls sich eine frische Meeresbrise um die Nase wehen zu lassen. Ein paar Stunden durchatmen können, dabei aber den pflegebedürftigen Angehörigen in guten Händen zu wissen. Teilhabe leben und von der Gesellschaft nicht vergessen zu werden.

Adresse: Gounodstraße 46,
13088 Berlin
Telefon: 0179 / 593 54 04
Internet: [https://www.
reisemaulwurf.de](https://www.reisemaulwurf.de)

Das Bad Peterstal GesundheitsHotel

Das Hotel für Senioren und Pflege-Urlaub liegt in der Region Freiburg–Schwarzwald (Baden-Württemberg) und ist rollstuhlgerecht. Alle Hotelbereiche sind ebenerdig oder über Fahrstühle zu erreichen. Genießen kann man als Rollstuhlfahrer sein modern eingerichtetes Zimmer samt rolligerem Bad, das Restaurant, Heilbad mit Physiotherapie und Badekur, die Tagungs- und Gruppenräume, das Außengelände mit Park und Kleintiergehege, sowie das Café und den Friseursalon. Medizinische Hilfsmittel wie Pflegebetten, Duschstühle, Rollstühle und Rollatoren stellt man gerne während des Aufenthaltes kostenlos zur Verfügung. Bei der Buchung ist anzugeben was benötigt wird.

Zimmer & Apartments:
Ausstattung ihrer Größe und
Ausstattung sind alle Zimmer,
Apartments und Bäder für
Rollifahrer und Menschen mit
Unterstützungsbedarf sehr gut

geeignet. Auf Anfrage können Steh- und Tuchlifter gemietet werden. Großzügig und modern eingerichtet sind die Einzelzimmer mit 18-24 qm, die Doppelzimmer mit 25-42 qm und die Appartments mit 37-50 qm. Alle Zimmer und Appartments sind standardmäßig ausgestattet mit: Erhöhten Betten (45 cm), auf Wunsch auch Pflegebett ohne Aufpreis - Überbreiten Türhaken (mind. 90 cm) - Barrierefreie Dusche mit Haltegriffen und mit Duschstuhl - Barrierefreies WC mit Haltegriffen, auf Wunsch mit Sitzerrhöhung ohne Aufpreis - Waschtisch unterfahrbar, Spiegel im Sitzen einsehbar - Großstastentelefon mit Notrufaste - Die Balkone sind nicht rollstuhlgerecht.

Wer pflegt, braucht Zeit, sich selbst zu pflegen: Für sich selbst oder seinen Angehörigen einen ambulanten Pflegedienst buchen oder man nimmt das Seniorenzentrum „Das Bad Peterstal“ in Anspruch für Tagespflege oder Kurzzeitpflege bzw. Verhinderungspflege. Man kann die Mahlzeiten gemeinsam einnehmen und Freizeitaktivitäten individuell planen oder an den Aktivitäten der Angebote teilnehmen. Alle Angebote sind rolli- und seniorengerecht.

Adresse: Schwarzwald-
straße 40, 77740 Bad
Peterstal-Griesbach
Telefon: 07806 / 986 600
Internet: [https://www.
dasbadpeterstal.de](https://www.dasbadpeterstal.de)

Pusteblume -Barrierefreie Pension in Meyenburg

Die Pension Pustebäume befindet sich in der Stadtvilla in Meyenburg (Region Kreis Prignitz) und wurde barrierefrei für Menschen mit körperlichen Einschränkungen sowie mit einem speziellen Farb- und Betreuungskonzept für Menschen mit Einschränkungen der Alltagskompetenz eingerichtet und konzipiert. Weiterhin befinden sich auf dem Grundstück ein Pflegedienst, welcher im Falle einer Pflegebedürftigkeit der Gäste, diese innerhalb der Körper- und Behandlungspflege betreut und die pflegerische Nachtabsicherung in der Pension sicherstellt. Wochentags ist den Gästen auch die Nutzung der hauseigenen Tagespflege auf dem Gelände möglich. Das Leistungsangebot umfasst: Gesundheitliche Tag- und Nachtabsicherung durch Hausdamen und Pflegepersonal - Tagesausflussmöglich-

keiten durch den hauseigenen Fahrdienst - Urlaubs- und Verhinderungspflege gemäß § 39 SGB XI - Krankenhaushausnachsorge sowie Überleitungsmanagement. Weitere Leistungen: Den Gästen der Pension stehen Ein- und Doppelzimmer zur Verfügung, welche mit Pflegebetten, WLAN, Telefon, TV sowie einem hauseigenen Not- und Servicrufsystem ausgestattet ist. Auch ist die Nutzung der barrierefreien Küche und des Liftsystems für den Außenbereich möglich - Service- und Betreuungsleistungen innerhalb der Pension werden durch Hausdamen erbracht - pflegerische- und behandlungspflegerische Leistungen werden durch den Pflegedienst erbracht und können bei Anspruch auf Verhinderungspflegeleistungen mit den entsprechenden Kostenträgern abgerechnet werden - Möglichkeit der Nutzung der hauseigenen Tagespflege mit deren zahlreichen Veranstaltungs- und Ausflugsprogrammen.

Adresse: Plauer Straße 37,
16945 Meyenburg/
Brandenburg
Telefon: 03396 / 509 190
Internet: [https://www.
pusteblyume-pension.de](https://www.pusteblyume-pension.de) ◀

anzeige

Die Online-Zimmervermittlung für ambulant betreute Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz

mein
neues
Zuhause

www.faw-zimmerbörse.de



FOTO: MICHAEL OTHMAN/III

ABONNIEREN SIE DIE
BERLINER BEHINDERTENZEITUNG
UND LESEN SIE UNSERE ZEITUNG:

- Erscheint 10 Mal im Jahr
- Europas älteste Behindertenzeitung
- Mit Themen aus Politik, Berlin, Mobilität, Reisen, Gesellschaft, Recht, Kultur, Gesundheit und Verbandsleben des Berliner Behindertenverband e.V.
- Mit echten Experten wie Rechtsanwälte für die Ratgeber-Seiten oder Reisejournalisten für die Reiseseiten



Ein einmaliges Projekt der Behindertenbewegung

www.berliner-behindertenzeitung.de

FÜLLEN SIE EINFACH DIESEN ABOANTRAG AUS
UND SCHICKEN DIESEN AN UNS ZURÜCK.

Ja, ich möchte die Berliner Behindertenzeitung jährlich zehn Mal lesen.

- ☐ Abonnement
20,00 Euro pro Jahr
 ☐ Förderabonnement
☐ 25,00 Euro pro Jahr
☐ 50,00 Euro pro Jahr
☐ — Euro pro Jahr
- ☐ Solidarabonnement
 reduzierter Betrag - auf Anfrage für ALG II-Empfänger;
 Kleinentner und Studenten möglich

☐ Die Zeitungen sollen an meine Adresse geschickt werden:

Name und Anschrift

☐ Ich möchte die Zeitungen verschenken und sollen an diese Adresse:

Name und Anschrift des Glücklichen

Sie erleichtern uns die Arbeit mit einer Genehmigung für eine Abbuchung von ihrem Konto per Lastschrift.

- ☐ Hiermit genehmige ich dem Berliner Behindertenverband die Abbuchung des Abobetrages per Lastschrift.

Datum, Name und Unterschrift

Kontoinhaber und IBAN

Der Betrag wird einmal im Jahr abgebucht. Nach Absprache können Sie uns den Betrag auch überweisen. Für Mitglieder des Berliner Behindertenverbands e.V. ist der Bezug der BBZ im Mitgliedsbeitrag erhalten.

Berliner Behindertenverband e.V., Jägerstraße 63D, 10117 Berlin, Tel.: 030/2043847

Allergien

Zahnfüllungen und Zahnersatz

Materialien für Zahnfüllungen und Zahnersatz sind in der Regel gut verträglich. Denn alle in Deutschland verarbeiteten Materialien müssen die hohen Sicherheitsanforderungen der Europäischen Medizinprodukteverordnung erfüllen und CE-gemessen sein. Das gilt sowohl für Zahnarztpraxen als auch für zahntechnische Meisterlabore. In seltenen Fällen kann es dennoch zu einer Allergie kommen. Bei gefährdeten Personen kann mit modernen Testverfahren die Verträglichkeit der Materialien geprüft werden. Liegt eine Allergie vor, sollten Betroffene den Allergiepass unbedingt ihrer Zahnärztin oder ihrem Zahnarzt vorlegen.

„Patientinnen und Patienten mit bereits bestehenden Allergien auf zum Beispiel Pollen oder bestimmte Lebensmittel haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, auch gegen Zahnmateriale allergisch zu reagieren“, erklärt Prof. Dr. Dr. Franz-Xaver Reichl, Leiter der Abteilung Dental-Toxikologie an der Poliklinik für Zahnerhaltung und Parodontologie der Universität München und Leiter des Beratungszentrums für die Verträglichkeit von Zahnmateriale. Ebenso tragen Personen, die durch allergische Erkrankungen in der Familie vorbelastet sind oder die Störungen des Immunsystems aufweisen, ein höheres Risiko für eine Allergie. Gut zu wissen: Bei einer nachgewiesenen Allergie übernimmt die gesetzliche Krankenkasse im individuellen Fall auch die Mehrkosten für die Versorgung mit einem allergiefreien Material. So bezahlt sie z.B. bei einer Allergie gegen Amalgam eine Füllung aus Kunststoff.

Nur freigesetzte Stoffe lösen Allergie aus

Mögliche Auslöser für eine allergische Reaktion auf Ma-



terialien können Inhaltsstoffe aus z.B. Metall-Legierungen für Zahnersatz, Kompositen (Kunststoffen), Klebstoffen für Zahnersatz, Prothesen oder kunststoffhaltigen Zementen sein. Jedes Material besteht aus vielen verschiedenen Inhaltsstoffen, die je nach Hersteller auch variieren können. Nur aus dem Material tatsächlich freigesetzte Stoffe können eine Schädigung bzw. eine allergische Reaktion auslösen. Genau diese freigesetzten Allergene gilt es für Betroffene zu identifizieren. Denn bei einer nachgewiesenen Allergie gegenüber bestimmten Stoffen, sollte sich kein Material im Mund der Patientin oder des Patienten befinden, das diese Substanzen freisetzen könnte. Alle Hersteller müssen die

Herstellung des Zahnersatzes unter den in Deutschland vorgeschriebenen hohen Qualitätsstandards für Zahnersatz in einer Konformitätserklärung dokumentieren.

Moderne Tests und Allergiepass geben Sicherheit

„Moderne Allergie-Tests ermöglichen heutzutage, bereits vor der Zahnrestauration ein verträgliches Zahnmateriale für die Patientin oder den Patienten auszuwählen“, so Reichl. „Auch ist es möglich festzustellen, ob ein bereits im Mund eingesetztes Zahnmateriale verantwortlich sein kann für vorhandene Beschwerden.“ Hilfe bietet z.B. die „Beratungsstelle für Zahnmateriale an der LMU München“.

Gilt eine allergische Reaktion auf eine bestimmte Substanz als nachgewiesen, wird ein Allergiepass ausgestellt – und zwar unabhängig davon, ob tatsächlich Symptome auftreten. Denn auch wenn eine Allergie zunächst symptomlos verläuft, kann ein erneuter Kontakt mit dem Allergen klinische Symptome auslösen.

Allergiepass in der Zahnarztpraxis vorlegen

Steht eine zahnärztliche Behandlung oder Zahnersatz an, sollten Patientinnen und Patienten auf dem Anamnesebogen der Zahnarztpraxis möglichst präzise Angaben machen. Dies gilt z.B. für eine bestehende allergische familiäre Vorerkrankung oder

für Komplikationen bei einer früheren Behandlung. Insbesondere sind Störungen des Immunsystems unbedingt anzugeben. Wichtig: Ist bereits ein Allergiepass ausgestellt, sollten Patientinnen und Patienten die Zahnärztin oder den Zahnarzt unbedingt hierüber informieren und den Pass vorlegen! Denn der Allergiepass informiert genau über die Substanzen, gegen die bereits eine Allergie besteht.

Da die Zahnärztin oder der Zahnarzt die freigesetzten Inhaltsstoffe aus den Materialien aber gar nicht kennen kann und die Hersteller diese Stoffe in den Sicherheitsdatenblättern nicht vollständig aufführen, kann die Zahnärztin oder der Zahnarzt erst das sicherste und verträglichste

Material auswählen, wenn ein aktuell gültiger Allergietest mit diesen freigesetzten Stoffen vorliegt. Auch ist es nicht möglich die fertigen Materialien (z.B. Plättchen) zu testen, weil festgestellt wurde, dass viele Inhaltsstoffe erst nach einem halben Jahr daraus freigesetzt werden. Es müssen also immer die chemisch reinen, freigesetzten Einzelstoffe getestet werden. Über die vorhandene Datenbank dieser freigesetzten Inhaltsstoffe kann dann das für die Patientin oder den Patienten verträglichste Material vor der Zahnbehandlung ausgewählt werden. Auch rückwirkend kann beurteilt werden, welches Material eventuell entfernt werden muss und welches im Mund belassen werden kann.

Impressum der Berliner Behindertenzeitung (BBZ)

Herausgeber:

Berliner Behindertenverband e.V.



DER PARITÄTISCHE
UNSER SPITZENVERBAND

Anschrift der Redaktion:

Berliner Behindertenzeitung,
Jägerstraße 63D, 10117 Berlin
Tel.: 030 / 204 38 47
info@berliner-behindertenzeitung.de

Chefredakteur (V.i.S.d.P.):

Dominik Peter | redaktion@berliner-behindertenzeitung.de

Satz und Layout:

Jasper Dombrowski
grafik@berliner-behindertenzeitung.de

Mitarbeitende der Ausgabe:

Dominique Hensel, Christiane Müller-Zurek, Dorothea Ismail,
Lutz Kaulfuß, Dominik Peter, Jasper Dombrowski,
Dominik Stronz, Michael Peter und Sven Przibilla

Lektorat:

Dorothea Ismail und Lutz Kaulfuß

Abonnentenanfragen:

abo@berliner-behindertenzeitung.de
030 / 204 38 47

Anzeigenaufträge:

post@berliner-behindertenzeitung.de
0157 / 58 18 45 23

Druck:

von Stern'sche Druckerei GmbH & Co KG
www.vonsternsdruckerei.de

Unsere nächste Ausgabe März 2023

erscheint am: 03.03.2023
Redaktionsschluss: 13.02.2023
Anzeigenschluss: 17.02.2023
Versand: 01. und 02.03.2023

Die Berliner Behindertenzeitung erscheint 10 Mal im Jahr.

Der Jahresabopreis beträgt 15,00 Euro. Für Mitglieder des BBV ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

IBAN: DE97 1002 0500 0001 5895 02
Bank für Sozialwirtschaft

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Artikel zu kürzen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit schriftlicher Genehmigung.

Auflage dieser Ausgabe: 10.000 Exemplare

Internetadressen

Berliner Behindertenzeitung:
www.berliner-behindertenzeitung.de

Berliner Behindertenverband:
www.bbv-ev.de

BBZ-Branchenbuch:
www.bbz-branchenbuch.de



Nur funktional

Der Flughafen Berlin-Brandenburg „Willy Brandt“

Ich hatte es endlich geschafft. Gut zwei Jahre nach seiner Eröffnung war ich zum ersten Mal im Flughafen Berlin-Brandenburg „Willy Brandt“.

Nach gut 20 Minuten Fahrt mit dem FEX vom Ostkreuz, kam ich zusammen mit meinen Bekannten, den ich zum Abflug brachte, in dem riesigen unterirdischen Bahnhof „Flughafen BER Terminal 1–2“ an. Der Bahnsteig ist riesig groß. Wenn es kein Druckfehler ist, dann ist er 405 Meter lang. Da fragt man sich doch: Warum? Ich habe noch nie so lange Personenzüge gesehen. Der Bahnhof ist die unterste Ebene des Flughafens BER. Dieser beginnt eigentlich erst über den Bahnhof.

Schon hier fällt mir etwas auf. Irgendwie wirkt der Bahnhof nüchtern und kalt. So wie die anderen modernen Bahnhöfe in Berlin. Über mehrere Rolltreppen ging es nach oben in das Gebäude des Terminals 1. Eines muss ich sagen, an diesem Morgen erreichten wir relativ schnell den Abfertigungsbereich. Also lange Laufen muss man mit seinen Koffern nicht, um einzuchecken, nur bei der Sicherheitskontrolle dauert es länger.

Wenn man mit der Rolltreppe hinauf in die große Halle von Terminal 1 fährt und sich umschaut, fällt der Blick als Erstes auf ein riesiges rotes Gebilde, welches von der Decke



herabhängt. Erst dachte ich, dies sei irgendeine Deko zum Weihnachtsfest. Aber es ist ein „Kunstwerk“ einer amerikanischen Künstlerin. 56 x 42 Meter groß und aus Metall. Sein Name „The Magic Carpet“ - in German „Fliegender Teppich“. Na ja, man muss ja nicht alles verstehen, besonders „Kunst“ nicht.

Die Terminalhalle ist hoch und groß, sehr groß und obwohl an diesem Morgen schon viele Menschen da sind, fehlte mir diese Flughafengeräuschkulisse, aus Kofferrattern, Gemurmel, Vorfreude und freudiger Erregung auf den bevorstehenden Flug. Sie wissen, schon was ich meine. Die verflüchtigt sich in der riesigen Halle. Beherrscht wird der Terminal, der sehr funktional ist, von sogenannten „Check-In

Insel“, die mit 118 Schaltern zum Einchecken bestückt sind. Ihre Holzoptik ist recht schön anzuschauen. Doch das war es auch schon mit den Besonderheiten im Terminal. Es gibt noch ein paar Sitzmöbel, Bildschirme mit den Abflug- und Ankunftsdaten und sonst nichts Erwähnenswertes.

Wieder kam mir das Wort funktional in den Sinn

Nachdem ich meinen Bekannten verabschiedet hatte, sah ich mich um. Ich ging nach draußen. Links von mir der Ankunftsbereich für Fahrzeuge. Rechts erkannte ich das extrem große Parkhaus, welches 10.000 kostenpflichtige Stellflächen haben soll und ich hörte nun auch das zu einem Flughafen gehörende

Geräusch der startenden Maschinen. Allerdings nicht sehr laut. Vor mir rechts und links zu beiden Seiten meines Blickfeldes nahm ich Gebäude wahr. Quadratisch, praktisch und irgendwie unpersönlich.

Während ich draußen rauchte, rief ich mir mein „BER-Wissen“ ins Gedächtnis. Bauzeit „relativ kurz“ – 14 Jahre, „preiswert“ war er an am Ende auch – „nur“ etwas über 7 Milliarden Euro teuer. Es gibt 20 Kilometer Straße auf dem gesamten Flughafengelände und es wurden bisher 3,4 Millionen Tonnen Beton verbaut. Ausgelegt ist der BER aktuell für 34 Millionen Passagiere jährlich. In der Mitte zwischen den Gebäuden und vor dem Terminal 1 befindet sich der „Willy Brandt Platz“. Als ich auf ihn hinaustrat, funkelte mir ein

einsamer Weihnachtsbaum entgegen. Er wirkte völlig deplatziert, denn er war das einzige Grün auf dem öden kahlen Platz aus Stein und Beton.

Weil es nieselte, ging ich zum Bahnhof hinunter. Um in den Zug einzusteigen, musste ich bis ganz nach vorne laufen. Wieder hatte ich den Eindruck, dieser Bahnhof ist völlig überdimensioniert. Und auf dem Bahnsteig gab es nur einen einzigen Kartenautomaten und der war auch noch defekt. Peinlich.

Mein persönliches Fazit zum BER? Er ist ein kalter funktionaler moderner Bau. Schön ist er nicht. Und der Flughafen Berlin-Brandenburg „Willy Brandt“ besitzt keine Seele und keinen Flair – der fehlt ihm völlig. Innen wie auch außen. Leider.

Informationen

Flughafen Berlin-Brandenburg (BER) „Willy Brandt“
Willy-Brandt-Platz 2 ,
12529 Schönefeld

Internet:
ber.berlin-airport.de

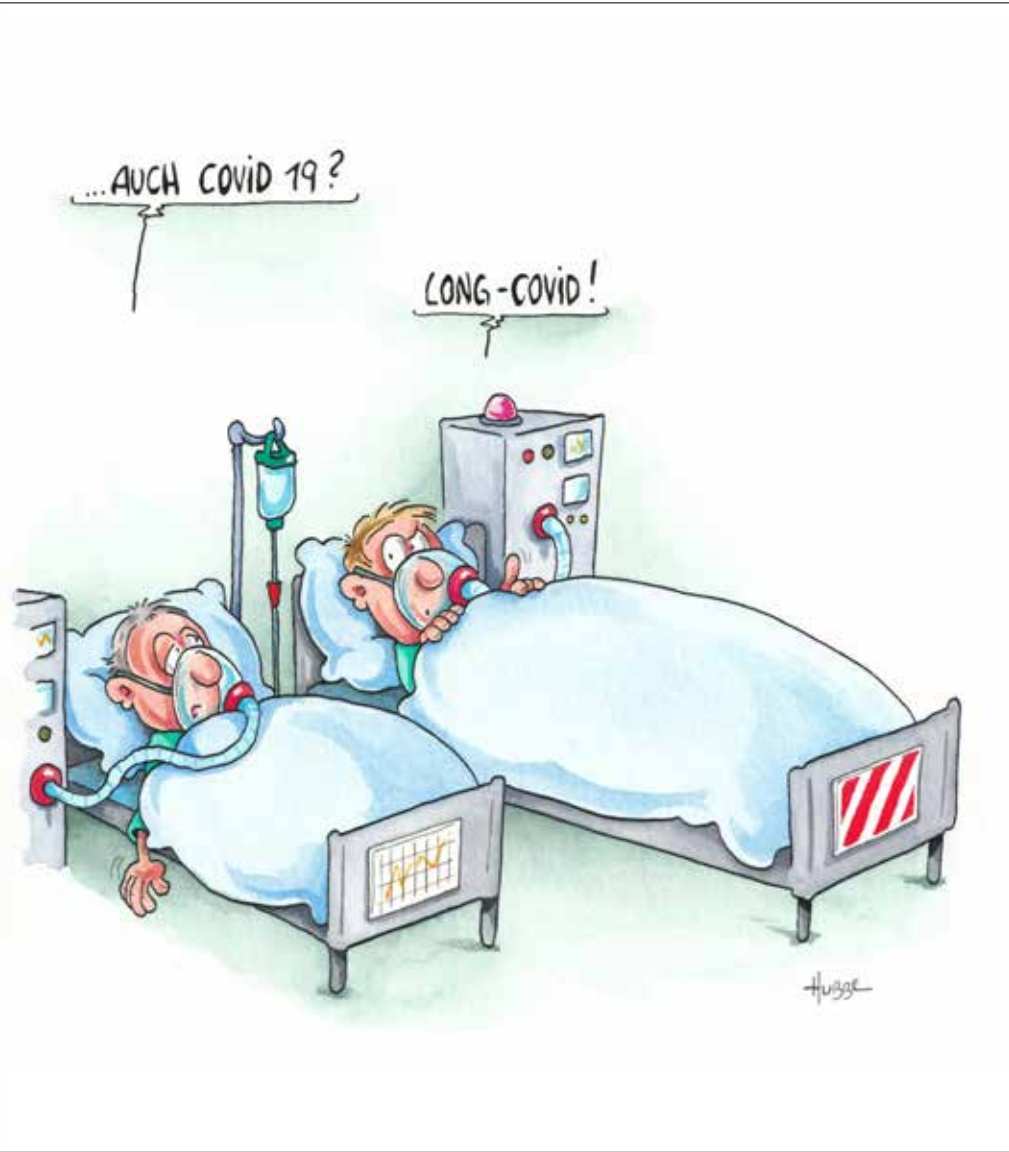
Verkehrsanbindung:
Bahn: Flughafen-Express (FEX)(Berlin Hbf - BER-Terminal 1-2)
S- Bahn: S9 (Spandau - BER-Terminal 1-2)
Bus (Auswahl):
Expressbus X7 (U-Bahnnhof Rudow (U7) - BER)
Expressbus X71 (Alt Mariendorf (U6) BER-Terminal 1-2)
Expressbus BER1 (Rathaus Steglitz - BER T1/2)
Expressbus BER2 (Potsdam Hbf - BER T1/2 & T5)

Ausführliche Infos zur Barrierefreiheit des Flughafens und Barrierefreies Reisen:
<https://ber.berlin-airport.de/de/ausgewaehlt/barrierefreies-reisen.html#faq2>

Der Berlin Flaneur im Internet:

Webseite:
www.derberlinflaneur.de
Mail:
info@derberlinflaneur.de
Instagram:
#derberlinflaneur

Hubbes normaler Alltagswahnsinn



anzeige

Ambulanter Pflegedienst für Persönliche Assistenz
Individuelle Leistungen – selbstbestimmte Lebenswege

Lebenswege
für Menschen mit Behinderungen

Neue Lebenswege GmbH
- gemeinnützig -
Gubener Straße 49
10243 Berlin

www.lebenswege-berlin.de • info@lebenswege-berlin.de • Tel. 030 - 446 872 - 320

SIE ENTSCHEIDEN, WIR BEGLEITEN!

»Hier bekommt jeder eine Aufgabe, die zu ihm passt.«

USE
IM UNIONHILFSWERK

Gestalten Sie Ihren Weg - mit der USE an Ihrer Seite!

30 BERUFSFELDER / 7 STANDORTE
HANDWERK & MEDIEN | DIENSTLEISTUNG | GASTRONOMIE & TOURISMUS

www.u-s-e.org | 030 49 77 84 - 0 | @ union_sozialer_einrichtungen